

Teil 3

Ausschussvorlage INA/16/67

eingegangene Stellungnahmen zu der

schriftlichen Anhörung zu dem

**Dringlichen Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen
– Drucks. 16/6708 –**

28. Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen	S. 113
29. Prof. Dr. Peter Henkenborg, Philipps-Universität Marburg	S. 114
30. Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen	S. 119
31. Bund Deutscher PfadfinderInnen (BDP), Jan Tillmanns	S. 147

KOMMISSARIAT DER KATHOLISCHEN BISCHÖFE IM LANDE HESSEN

Viktoriastraße 19 ♦ 65189 Wiesbaden ♦ Telefon (06 11) 3 60 08-0 ♦ Telefax (06 11) 3 60 08 20
E-Mail: komm.kath.bischoefe.hessen@t-online.de

3. Mai 2007
A-St

E – M A I L

**Hessischer Landtag
Ausschusseksretariat
Frau Heike Thaumüller**

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des
Rechtsextremismus in Hessen - Drucks. 16/6708
Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages

Sehr geehrte Frau Thaumüller,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung des obigen Antrages betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen
und die Möglichkeit der Stellungnahme danke ich Ihnen.

Wir teilen die im Antrag formulierten Sorgen im Hinblick auf rechtsextremistische Aktivitäten. Es
erscheint uns notwendig, sich mit diesem Problem auseinander zu setzen. Auch halten wir es für
sinnvoll, sich über konkrete Maßnahmen Gedanken zu machen. Der Antrag gibt hierzu einen ersten
Anstoß.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Guido Amend
Leiter

PHILIPPS - UNIVERSITÄT MARBURG

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Peter Henkenborg

Philipps-Universität, D 35032 Marburg
Institut für Politikwissenschaft



Marburg, den 02. 05. 2007

Tel.: +49-6421-28-24407/24389 (Skr.)

Fax: +49-6421-28-28991

E-Mail henkenbo@staff.uni-marburg.de

Stellungnahme

Anhörung im Innenausschuss des hessischen Landtages zum Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“

Die folgende Stellungnahme zu einigen Aspekten des „dringlichen Antrags der Fraktion Bündnis90/Die Grünen“ (Drucksache 16/6708) erfolgt aus der Perspektive der inhaltlichen Schwerpunkte meiner neuen Professur an der Philipps-Universität Marburg. Als Professur für Didaktik der politischen Bildung soll sie durch Forschung und Lehre zu einer professionellen Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Fach "Politik und Wirtschaft" beitragen. Darüber hinaus gehört die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zum Aufgabenbereich meiner Professur. Insofern konzentriert sich diese Stellungnahme auf pädagogisch-didaktische Anmerkungen zu Herausforderungen, Versäumnissen und Perspektiven von Schule und politischer Bildung im Kontext von Rechtsextremismus.

1. Rechtsextremismus bedeutet für Schule und politische Bildung heute eine ambivalente Ausgangssituation. In Bezug auf den Rechtsextremismus gibt es einerseits keinen Grund für Alarmismus und Hysterie. Die Idee der Demokratie ist heute bei einer großen Mehrheit der Jugendlichen tief verankert, die demokratischen Grundwerte und auch das System der Demokratie in Deutschland sind für sie „relativ normal“ (Sontheimer) geworden. Andererseits belegen zahlreiche Forschungen, wie z.B. die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass Rechtsextremismus heute nicht nur ein gesellschaftliches und politisches Problem ist, sondern auch eine pädagogische Herausforderung für Schule und politische Bildung darstellt. Dafür sprechen insbesondere, dass

- rechtsextreme Einstellungen in der Bundesrepublik – z.B. Demokratiefeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Verharmlosung der NS-Diktatur - im Zeitverlauf konstant hohe Werte erreichen – auch bei Jugendlichen,
- rechtsextreme Einstellungen auch in Hessen erschreckend hohe Werte erreichen, die zudem zum Teil über dem Durchschnitt der alten westdeutschen Länder liegen,
- rechtsextreme Angebote, Einstellungen und Haltungen für Jugendliche – gerade im ländlichen, strukturschwachen Raum- stärker als früher attraktiv erscheinen,
- die Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie auch bei Jugendlichen – vor allem in den neuen Bundesländern, aber auch in den alten Bundesländern - wächst,

- im „Vier-Säulen-Konzept“ der NPD der „Kampf um die Schule“ zu einem strategischen Ansatzpunkt rechtsextremer Politik wird, und rechtsextreme Gruppierungen verstärkt an Schulen präsent sind („Schulhof-CD“, Aufkleber, Flugblätter etc.).

2. Rechtsextremismus ist für Schule und politische Bildung heute aus mindestens vier Gründen eine ambivalente Herausforderung:

- Erstens sind für die Entstehung rechtsextremer Haltungen und Einstellungen vor allem ökonomische, soziale, politische und psychische Einflussfaktoren verantwortlich. Die bereits erwähnte Studie der Friedrich-Ebert Stiftung nennt hier insbesondere Einflussfaktoren wie „ein hohes Gefühl politischer Einflusslosigkeit“, „geringes Selbstwertgefühl“, „hohe soziale und individuelle Deprivation“ und „Defizite im elterlichen Erziehungsverhalten“. Insgesamt zeigen Forschungen zum Rechtsextremismus, dass die Entstehung rechtsextremer Einstellungen und Haltung in einem hohen Maße durch gesellschaftlich-politisch verursachte negative Anerkennungserfahrungen beeinflusst wird. Wenn es diesen Zusammenhang zwischen Anerkennungserfahrungen und Rechtsextremismus gibt, sind auch Schule und Unterricht - selbst wenn sie nicht in erster Linie für die Entstehung von Rechtsextremismus verantwortlich sind – immer noch eher ein Teil des Problems und noch nicht der Lösung – nämlich dann, wenn sie die negativen Anerkennungserfahrungen von Schülerinnen und Schülern verstärken und keine eigenen positiven Anerkennungserfahrungen ermöglichen.
- Zweitens darf man nicht übersehen, dass Rechtsextremismus vor allem ein Problem der „Erwachsenengesellschaft“ ist. Diese Feststellung kann aber nicht rechtfertigen, die Bedeutung des Rechtsextremismus für heutige Jugendliche zu unterschätzen, z.B. den hohen Anteil von Jung- und Erstwählern unter den NPD-Wählern oder die Entwicklung einer rechtsextremen Jugendsubkultur. Insofern ist der Rechtsextremismus tatsächlich eine ernste Herausforderung für Schule und politische Bildung.
- Drittens ist der Hinweis richtig und berechtigt, dass sich Schule und politische Bildung nicht als „Feuerwehr“ gegen Rechtsextremismus eignen, weil präventive Strategien in eine komplexe Gesamtstrategie eingebunden werden müssen, die politische, soziale, psychologische und pädagogische Aspekte berücksichtigt und entsprechende Akteure einbezieht. Im Kontext einer solchen Gesamtstrategie sind Schule und politische Bildung dann allerdings relevante Kontexte, in denen erstens auch Ursachen von Rechtsextremismus gefunden werden können und in denen Ansätze für Prävention entwickelt werden müssen.
- Viertens liegt eine Grenze der politischen Bildung in der Schule wohl realistisch darin, dass es schwierig ist, Jugendliche, die schon rechtsextrem sind, zu erreichen. Umso wichtiger sind präventive Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schule.

3. Die Entwicklung von realistischen pädagogischen Strategien von Schule und politischer Bildung gegen Rechtsextremismus setzt auch eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit der im dringlichen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen angesprochenen Frage voraus, wo mögliche „Versäumnisse bei der Schul- und Erwachsenenbildung“ liegen. Ein exemplarisches Beispiel ist das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“, das in der Antwort der hessischen Landesregierung auf die Große Anfrage von Abgeordneten der SPD-Fraktion betr. „Rechtsextremismus in Hessen“ (Drucksache 16/5052, am 2. Nov. 2006) als präventives Projekt gegen Rechtsextremismus genannt wird. Zweifellos sind von diesem - inzwischen allerdings ausgelaufenen - Projekt wichtige Impulse für eine demokratiepädagogische Entwicklung von Schulkultur, Unterricht und politischer Bildung in Form von innovativen und vorbildlichen „best-practice“-Ansätzen ausgegangen. Im

BLK-Programm selbst wird der präventive Beitrag des Programms gegen Rechtsextremismus allerdings kritisch gesehen. So stellt Professor Wolfgang Edelstein, einer der Mentoren des Programms fest: „Gegen Rechtsextremismus wurde mit dem BLK-Projekt bislang nichts bewirkt.“ Gerade weil die Kultusministerien die Schulen für die Demokratieprojekte selbst ausgesucht hätten, sei eine Schiefelage entstanden. „Die Schulen, die es besonders nötig haben, wurden häufig nicht berücksichtigt.“ Zu den Versäumnissen und Schwächen dieses Programm zählt Edelstein weiter, dass:

- im Rahmen des Programms bislang nur wenig Ansätze erkennbar seien, die als wirksame Prävention gegen Rechtsextremismus bei Jugendliche bezeichnet werden könnten;
- Schulen, die massive Probleme mit rechtsextremen Schülern hätten, von demokratiepädagogischen Maßnahmen bislang nicht erreicht worden seien. Aus Angst vor der Öffentlichkeit würden sich solche Schulen zudem auch oft nicht selbst „outen“;
- eine Veränderung der Anerkennungskultur in den beteiligten Schulen über weite Strecken ausgeblieben seien;
- die demokratiepädagogischen Aktivitäten an den beteiligten Schulen eher randständig geblieben seien.

Allerdings weisen die Programmacher in ihrer Auswertung zu Recht auf das Versäumnis hin, dass Schulen in aller Regel zwar für Mathematikleistungen Anerkennung zuteil werde, nicht aber für Demokratieleistungen (unter: http://www.demokratisch-handeln.de/archiv/veranstaltungen/2006_11_klett/pdf/themendienst.pdf; http://www.forumbildung.de/templates/infokus_inhalt.php?artid=398).

Wahrscheinlich muss man davon ausgehen, dass sich die im Projekt „Demokratie lernen und leben“ gemachten negativen Erfahrungen auf die Situation politischer Bildung an Schulen übertragen lassen.

4. Wenn man den Beitrag der politischen Bildung in der Schule im Kontext einer Gesamtstrategie gegen den Rechtsextremismus konkretisieren will, kommt es vor allem darauf an, in Hessen eine klare Philosophie der politischen Bildung zu entwickeln. Eine solche Philosophie der politischen Bildung würde sich durch drei zusammenhängende Leitideen auszeichnen:

- Leitidee Demokratie-Lernen als Aufgabe politischer Bildung: Der Rechtsextremismus zeigt, dass in unserer Gesellschaft demokratische Einstellungen und Haltungen nicht einfach von selbst entstehen. Politische Bildung als präventive Strategie gegen Rechtsextremismus ist deshalb Demokratie-Lernen in einem dreifachen Sinne:
 - a) Politische Bildung als Demokratie-Lernen ist eine Bedingung der Demokratie, weil demokratische Haltungen, Einstellungen und Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern nicht ohne Prozesse institutionalisierter Bildung und Erziehung nachhaltig entwickelt werden können;
 - b) Politische Bildung als Demokratie-Lernen ist Hermeneutik der Demokratie, d.h., sie soll zum Verstehen von Funktion, Inhalt und Wert des demokratischen Minimums der Demokratie beitragen;
 - c) Politische Bildung als Demokratie-Lernen ist Kritik der Demokratie, d.h. politische Bildung misst die Realität der Demokratie an den normativen Ansprüchen der Demokratie.

Eine „Zukunftsaufgabe des Faches ‘Politische Bildung’, verstanden als Demokratie-Lernen, besteht dann vor allem darin, die Beiträge der Institution Schule, der Schul-

projekte, aber auch von Unterrichtsprojekten zum Demokratie-Lernen zusammenzuführen, (...) d.h. in den Kontext des Politischen einzubinden“ (Peter Mas-sing).

- Leitidee Anerkennung: Demokratie-Lernen kann gelingen, wenn Kinder und Jugendliche in Schule und Unterricht die Möglichkeit erhalten, Selbstvertrauen durch die Erfahrung emotionaler Zuwendung (z.B. durch stabile Lehrer-Schülerbeziehungen und Netzwerke), Selbstachtung durch die Erfahrung kognitiver Achtung (z.B. durch Partizipation, Selbsttätigkeit und demokratische Kommunikationsformen) und Selbstschätzung durch die Erfahrung von Solidarität oder sozialer Wertschätzung (z.B. durch Verständigung auf gemeinsam geteilte Werte, Ziele, Leistungskriterien, Regeln) zu entwickeln. Umgekehrt wird Demokratie-Lernen dort misslingen, wo Schülerinnen und Schülern diese Formen der Anerkennung verweigert werden und ihnen die Institution und die Personen statt mit emotionaler Zuwendung mit Einschüchterung, Beschämung oder Gleichgültigkeit, statt mit rechtlicher Anerkennung mit Entrechtung und statt mit Solidarität mit Entwürdigung begegnen.
- Leitidee Schulkultur und Politikunterricht: Die präventive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Schule und durch politische Bildung muss zwei Perspektiven integrieren:
 - a) Den unverzichtbaren Kern einer präventiven politischen Bildung gegen Rechtsextremismus bildet ein eigenständiges Unterrichtsfach „Politische Bildung“. Diese These lässt sich z.B. durch Ergebnisse der „civic-education Studie“ empirisch begründen. Dass Schülerinnen und Schüler Hintergründe besser durchschauen, kritikfähiger sind, weniger zu Vorurteilen neigen und ein positiveres Selbstbild der eigenen politischen Fähigkeiten besitzen, hängt wesentlich auch von den kognitiven Fähigkeiten ab, von ihrem politischem Wissen und ihrer Urteilsfähigkeit.
 - b) Der zweite präventive Ansatzpunkt für eine präventive politische Bildung gegen Rechtsextremismus liegt auf der Ebene der Schulkultur. Dieser Ansatzpunkt lässt sich durch ebenfalls durch empirische Untersuchungen plausibel begründen. Wichtige soziale Demokratiekompetenzen – z.B. Perspektivenübernahme sowie Anteilnahme und Mitgefühl - entwickeln sich relativ unabhängig von der Wissensvermittlung und können in der Schule - wenn überhaupt - eher durch eine offene Schulkultur mit selbständigen Partizipations-, Verantwortungs- und Handlungsräumen für Schülerinnen und Schüler beeinflusst werden. Insofern müssen die Bemühungen um die Entwicklung demokratischer Schulkulturen, die Anerkennungserfahrungen ermöglichen, verstärkt werden.

5. Aus der Perspektive der schulischen politischen Bildung erscheinen vor allem die folgenden landespolitischen Ansatzpunkte wichtig:

- Risiko „Nichtwissen“: Die Entwicklung wirksamer präventiver Strategien gegen Rechtsextremismus setzt wissenschaftlich fundiertes Wissen über diesen Problembereich voraus. Obwohl Rechtsextremismus seit langem ein öffentliches Thema ist, gibt es immer noch große Defizite in Bezug auf wissenschaftliche Problemdiagnosen zu diesem Thema. Das gilt gerade für den Zusammenhang von Rechtsextremismus, Schule und politischer Bildung. Hier fehlen bislang insbesondere qualitative Studien zu Anerkennungsverhältnissen und zu Anerkennungskämpfen in Schule und Unterricht.

- Inhaltliche Brennpunkte: Aus der Perspektive politischer Bildung erscheinen in einer präventiven Gesamtstrategie vor allem die folgenden inhaltlichen Brennpunkte zentral. Die Auseinandersetzung mit dem Problem
 - der Ausländerfeindlichkeit als „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus,
 - des Antisemitismus, das in den westdeutschen Bundesländern signifikant stärker auftritt als in den neuen Bundesländern,
 - des Gefühls politischer Ohnmacht bei einem wachsenden Teil von Jugendlichen,
 - der steigenden Unzufriedenheit mit der Realität der Demokratie.

Insgesamt wäre zu prüfen, wie diese Problemfelder z.B. in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung oder des Amtes für Lehrerbildung weiter entwickelt werden können.

- Aufgabe Vernetzung: In der oben bereits erwähnten Antwort der hessischen Landesregierung auf die Große Anfrage „Rechtsextremismus in Hessen werden auch für den Kontext von Schule und politischer Bildung eine Reihe präventiver Ansätze erläutert, z.B. die Arbeit der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, das erwähnte BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“, der Ansatz PiT-Hessen, der Verein „Schule machen ohne Gewalt“ und das Programm „Ikarus“. Eine wichtige Frage ist, wie diese Arbeit in Zukunft in Hessen stärker vernetzt werden kann. Darüber hinaus halte ich eine stärkere Vernetzung der Schule mit außerschulischen Akteuren für wichtig.
- Projekt „Demokratie lernen und leben“: Es sollte geprüft werden, wie die positiven Ansätze des ausgelaufenen Programms gesichert und auf alle anderen Schulen in Hessen übertragen werden können.
- Unverzichtbarer Politikunterricht: In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist ein eigenes Unterrichtsfach politische Bildung unverzichtbar. Daher ist es unverzichtbar, die zeitlichen und materiellen Ressourcen für dieses Fach in Hessen zu sichern.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Dirk Baier, Susann Rabold, Christian Pfeiffer (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen)

Ausmaß, Ursachen und Entwicklung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen bei deutschen Jugendlichen

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen (Drucksache 16/6708)

1. Einleitung

Fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen stellen ohne Zweifel ein soziales Problem dar, da sie die Menschenwürde derjenigen verletzen, gegen die sie gerichtet sind. Sie erscheinen auch deshalb problematisch, weil sie Bedingung dafür sind, diskriminierendes Verhalten zu zeigen. So berichten Schütz und Six (1996) auf Basis einer Meta-Analyse, die sich auf neun Studien stützt, dass es einen mittelstarken Zusammenhang ($r = .24$) zwischen Vorurteilen und fremdenfeindlichen Gewalthandlungen gibt. Aus bisherigen Untersuchungen ist zudem bekannt, dass Jugendliche im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional häufig an rechtsextremistischen Taten beteiligt sind (u.a. Wahl 2001). Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, sich in Jugendstudien diesem Thema zu widmen. Nachfolgend wird eine im Jahr 2005 am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen durchgeführte Studie dargestellt, die als Schülerbefragung realisiert wurde (vgl. dazu Wetzels et al. 2001, Wilmers et al. 2002). Wie in Befragungsstudien häufig, steht auch bei dieser die Einstellungsdimension im Vordergrund. Fragen nach rechtsextremen Verhaltensweisen wurden nicht gestellt. Im Bundesland Hessen beteiligte sich die Stadt Kassel an dieser Untersuchung.

In der aktuellen Forschung zum Thema Rechtsextremismus werden zur Konkretisierung dieser Einstellungsdimension verschiedene Begriffe verwendet: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass oder Autoritarismus (vgl. z.B. Frindte 1998). Diese Pluralität spiegelt ein wesentliches Dilemma der Forschung wider: Solange es keine einheitliche Definition des Gegenstandes gibt, existieren unterschiedliche theoretische Konzepte und empirische Konstrukte nebeneinander. Die Analysen und Befunde der Studien sind nur schwer miteinander vergleichbar. Die Erklärungen richten sich auf unterschiedliche Aspekte des Phänomens.

Heitmeyer (1987) hat deshalb zumindest für den Begriff des Rechtsextremismus eine vielbeachtete Begriffsbestimmung vorgeschlagen. Dieser setzt sich demnach aus der Zustimmung zu einer Ideologie der Ungleichheit sowie der Akzeptanz von Gewalt zusammen (vgl. auch Frindte et al. 2001). Die Ideologie der Ungleichheit wiederum ist durch verschiedene Einstellungen bestimmt: Für Fuchs et al. (2003) gehören Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und eine positive Haltung zum Nationalsozialismus dazu, Kleinert und de Rijke (2000) ergänzen den Autoritarismus. Heitmeyer (2002) selbst spricht neuerdings von einem Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und fasst darunter zusätzlich die Abwertung anderer Personengruppen aufgrund von deren sexuellen Orientierung oder Behinderung bzw. deren religiösen Überzeugung (Islamophobie). Die Akzeptanz von Gewalt

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

als zweiter Bestandteil des Rechtsextremismus umfasst einerseits Einstellungsaspekte im Sinne gewaltaffiner Überzeugungen als auch tatsächlich ausgeübtes Gewaltverhalten.

Dieser Definitionsversuch von Heitmeyer ist nicht unwidersprochen geblieben: Kleinert und de Rijke (2000) weisen bspw. darauf hin, dass die Integration der Gewaltakzeptanz ältere Bevölkerungsgruppen, die generell sehr viel seltener Gewalt bejahen, per definitionem davor schützt, als rechtsextrem eingestuft zu werden. Seipel und Rippl (2003) sehen es als Problem, dass Einstellungs- und Verhaltensebene vermischt werden und damit eine Analyse von Ursache-Wirkungs-Gefügen nicht mehr möglich ist.

Trotz dieser Kritiken am Rechtsextremismuskonzept von Heitmeyer orientieren wir uns nachfolgend an dessen Konzeptionalisierung¹: Mit der seit 1998 in der Schülerbefragung eingesetzten Skala „fremdenfeindliche Einstellungen“ erfassen wir den Grad der Zustimmung zur Ideologie der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit. Auf Basis einer Skala „Gewaltaffinität“ ist es ferner möglich, diejenigen Jugendlichen zu identifizieren, die sowohl fremdenfeindlich als auch gewaltaffin, also rechtsextrem eingestellt sind. An dieser Stelle ist zu betonen, dass der Verwendung der Begrifflichkeiten „Rechtsextremismus“ und „rechtsextreme Einstellungen“ ein dezidiert sozialwissenschaftliches Verständnis zugrunde liegt, weniger ein politikwissenschaftliches. Letzteres fasst darunter diejenigen politischen Strömungen, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, seiner Grundwerte und Verfahrensregeln, einig sind. „Die rechtsextremistische Gedankenwelt wird von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Sie wird von der Vorstellung bestimmt, die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse mache den Wert des Menschen aus. Rechtsextremisten lehnen das universale Gleichheitsprinzip ab. Sie propagieren zudem ein autoritäres politisches System“ (Bundesministerium des Innern 2000, S.24). Ein solches, auf eine geschlossene Ideologie rekurrerendes Konzept scheint für eine epidemiologisch angelegte Befragung unter Jugendlichen eher ungeeignet. Es würde zudem voraussetzen, dass die ideologischen Momente weit ausführlicher über verschiedene Messinstrumente erfasst werden als uns das im Rahmen einer Schülerbefragung möglich ist.

2. Forschungsstand

Mittlerweile existiert eine große Anzahl an Studien, die sich mit dem Ausmaß und den Ursachen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen auseinandersetzen. Da diesen Studien meist kein einheitliches Konzept über den Untersuchungsgegenstand zugrunde liegt, ist eine Gegenüberstellung der Befunde zumindest im Hinblick auf die Häufigkeit solcher Einstellungen nur schwer möglich. Eine Abschätzung des Ausmaßes des jugendlichen Rechtsextremismus variiert von Studie zu Studie und von historischem Zeitpunkt zu historischem Zeitpunkt der Bestandsaufnahme. Drei Beispiele können das illustrieren: Geng (1999) ermittelte im Jahr 1998 anhand einer 747 Schüler der 9. Jahrgangsstufe umfassenden Studie aus den neuen Bundesländern, dass 28 von 100 Schülern als rechtsextrem einzustufen sind. In einer Umfrage aus demselben Jahr identifizieren Wetzels und Greve (2001) unter 13800 Jugendlichen (Alter: 13-19 Jahre) einen harten Kern Rechtsextremer von acht Prozent. Heit-

¹ Da keine Alterskohorten miteinander verglichen werden, erscheint die Kritik von Kleinert und de Rijke (2000) weniger relevant. Es wird zudem nicht der Frage nachgegangen, ob fremdenfeindliche Einstellungen Ursache oder Folge von entsprechenden Verhaltensweisen sind, da nur Einstellungsaspekte erfasst wurden.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

meyer (1987) selbst findet unter 1300 Jugendlichen im Alter von 16 bzw. 17 Jahren 1984 sechzehn Prozent Rechtsextreme.

Die methodische Anlage einer Studie scheint neben den gesellschaftlichen Umständen die Ergebnisse der Messungen mitzubestimmen (vgl. Seipel/Rippl 2003). Gleichzeitig ist der Informationsgehalt einer einzelnen Prozentzahl beschränkt. Notwendig sind vergleichende Untersuchungen über längere Zeiträume hinweg, die anhand repräsentativer Stichproben mit ähnlichen Messinstrumenten erfolgen. Coenders und Scheepers (2004) zeigen anhand der ALLBUS-Umfragen, dass seit 1980 fremdenfeindliche Einstellungen bei Erwachsenen kontinuierlich abgenommen haben, unterbrochen von einem Anstieg zwischen 1994 und 1996. Nur bei den Jugendlichen und Heranwachsenden hat sich, im Gegensatz zu den älteren Altersgruppen, nach 1996 dieser Anstieg in der Ablehnung von Zuwanderern weiter fortgesetzt. *Anhand dieser Befunde lässt sich für die im vierten Abschnitt präsentierten Auswertungen erstens erwarten, dass es einen substanziellen Anteil an Jugendlichen gibt, der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen gegenüber aufgeschlossen ist: Mindestens jeder zehnte, womöglich sogar jeder fünfte Jugendliche kann nach den bisherigen Studien als fremdenfeindlich oder rechtsextrem eingestuft werden. Zweitens ist nicht zu erwarten, dass diese Einstellungen unter Jugendlichen in den letzten Jahren zurückgegangen sind; mit Coenders und Scheepers (2004) wäre sogar ein leichter Anstieg des Anteils zustimmender Jugendlicher zu vermuten.*

Was die Ursachen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen angeht, können zumindest drei verschiedene Sichtweisen unterschieden werden: 1. Persönlichkeitsmodelle, 2. Strukturmodelle und 3. Sozialisationsmodelle (vgl. Boehnke/Baier 2006, Möller 2000).

Persönlichkeitsmodelle stellen den pathologischen Aspekt extremistischer Positionen in den Vordergrund, wobei das Konzept der „Autoritären Persönlichkeit“ als das elaborierteste gilt. Autoritäre Persönlichkeiten haben in der Kindheit gelernt, eigene unverarbeitete Konflikte, auf andere, schwächere Bevölkerungsteile, „Sündenböcke“, zu projizieren. Diese Konflikte haben ihre Ursachen u.a. in der elterlichen Gewaltausübung. Aggressionen und Hassgefühle schaffen sich dann über den Weg der eigenen Gewaltausübung oder der latenten Vorurteilsbildung ein Ventil. In einer Vielzahl von Studien konnten die postulierten Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus bestätigt werden (Seipel/Rippl 2000; Rippl et al. 2005). An der Autoritarismusforschung orientieren sich zahlreiche weitere Persönlichkeitsmodelle. Ähnlich wie sich Autoritarismus ursprünglich aus neun Merkmalen (u.a. Konventionalismus, Unterwürfigkeit, Aggression) zusammensetzte, postuliert z.B. Melzer (1992) die Existenz eines „Rechtsextremismus-Syndroms“, das fünf Elemente (z.B. Antisemitismus, Nationalitätsstereotypen) integriert. Weiterhin sind z.B. die sozialpsychologische Thesen über die Existenz „generalisierter Einstellungen“ (Six 1996) zu nennen. In Anlehnung an die Theorie der Sozialen Dominanz (Sidanius/Pratto 1999) vermuten auch Six et al. (2001), dass Rechtsextremismus nur ein Teil einer weitergehenden Einstellungsstruktur ist. Hadjar (2004) zeigt, dass persönliche Werthaltungen mit rechten Einstellungen in Beziehung stehen; dies gilt in erster Linie für materialistische Werthaltungen, die Hadjar (2004) in Form des „Hierarchischen Selbstinteresses“ erfasst. Verschiedene Einstellungen, so eine mögliche Folgerung,

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

stützen sich in Form eines Syndroms oder Überzeugungsnetzwerks gegenseitig und machen den Träger weniger beeinflussbar.²

Eine weniger pathologisierende Persönlichkeitserklärung strebt die Theorie der Sozialen Identität an (Tajfel 1982). Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Menschen ihre soziale Umwelt in verschiedene Gruppierungen klassifizieren und sich selbst einigen Gruppen zugehörig fühlen. Identität besteht damit immer aus einem persönlichen und einem sozialen Teil. Damit geht ein motivationales Element einher, weil Menschen bestrebt sind, eine positive Identität aufrecht zu erhalten. Ist der Status der Eigengruppe gefährdet, sollten Mechanismen der Fremdgruppenabwertung eintreten, die Gewalttätigkeit nicht ausschließen. Empirisch haben diese Überlegungen u.a. dadurch Bestätigung erfahren, dass die daraus ableitbare These der Verringerung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aufgrund häufigeren persönlichen Kontakts mit Ausländern wiederholt belegt wurde (Wagner/van Dick/Zick 2001).

Auf der *sozialstrukturellen Ebene* angesiedelte Modelle diskutieren Extremismus als „normale Pathologie der Moderne“ (Scheuch/Klingemann 1967), was aus unterschiedlicher Perspektive heraus begründet wird. Eine erste These besagt, dass in fortgeschrittenen Industriegesellschaften diverse Gruppen um knappe Ressourcen konkurrieren. Entsprechend der sozialpsychologischen Theorie des realistischen Gruppenkonflikts (Sherif 1966) ist diese Situation konfliktträchtig. Willems et al. (1993) postulieren diesem Gedanken folgend, ein Eskalationsmodell mit dem Anspruch der Erklärung rechtsextremer Gewalt, wobei als wesentliche Ursachen die Konkurrenz zwischen Migranten und Einheimischen und die fehlende politische Bearbeitung der latenten Konflikte ausgemacht werden. Rechtsextremes Verhalten ist demnach ein Resultat der wahrgenommenen Bedrohung des persönlichen Wohlstands, die als relative (im Vergleich zu anderen Deutschen) oder fraternale (im Vergleich zur Gruppe der Ausländer) Benachteiligung empfunden wird. Eine objektive Schlechterstellung (z.B. durch Arbeitslosigkeit) schlägt sich in einer Hinwendung zum politischen Extremismus nieder, wenn der eigene Zustand als ungerecht interpretiert wird. Die empirischen Befunde hierzu sind mehrdeutig: Lässt sich für die Genese rechtsextremer Einstellungen ein Effekt in erster Linie der relativen Deprivation belegen (z.B. Wagner/Zick 1998; Rippl/Baier 2005), so kann bei rechten Gewalttätern eher nicht von einer objektiven Benachteiligung gesprochen werden – so verfügt der Großteil der Gewalttäter über einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle (Willems et al. 1993). Gerade jugendliche Gewalttäter sind nicht häufiger als andere Bevölkerungsteile von Arbeitslosigkeit betroffen (Wahl 2001).

Heitmeyer et al. (1992) legen angelehnt an die individualisierungstheoretischen Arbeiten von Ulrich Beck eine zweite strukturelle Erklärung vor, das „Desintegrations-Theorem“. Besonders Jugendliche sind den aus der Individualisierung erwachsenden negativen Seiten ausgesetzt: Handlungsunsicherheiten, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen erhöhen das Ausmaß subjektiv gefühlter Desintegration. Gleichzeitig setzen sich im gesellschaftlichen Wertgefüge instrumentelle Sichtweisen durch. Die im strukturellen, institutionellen und sozial-emotionalen Bereich erfahrene Desintegration (vgl. Anhut/Heitmeyer 2000) wird durch

² Ein weiterer zentraler Faktor ist das persönliche Bildungsniveau: Es wird weitestgehend als bestätigt angesehen, dass zusätzliche Bildung vor Extremismus schützt. Die Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und der Extremismusneigung wird darauf zurückgeführt, dass ein längerer Verbleib im Bildungssystem auch mit einer Steigerung kognitiv komplexer analytischer Fähigkeiten einhergeht (Rippl 2002). Zudem werden längere Bildungszeiten mit der Übernahme postmaterialistischer Werte in Verbindung gebracht, die generell eine Distanz zu rechtsextremen Orientierungen und Gewalttätigkeit aufweisen (Hopf 1999).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Bemühungen um Integration bekämpft, was u.a. dazu führen kann, dass Anerkennung auf Wegen wie der fremdenfeindlich oder politisch motivierten Gewalttätigkeit gesucht wird. Obwohl in mehreren Untersuchungen bereits empirische Belege für die Gültigkeit dieser These gesammelt werden konnten (u.a. Endrikat et al. 2002, Rippl et al. 2005), bleibt dennoch der Einwand bestehen, dass es nicht immer die deprivierten oder desintegrierten Jugendlichen sind, die zu Rechtsextremismus neigen.

Sozialisationsmodelle versuchen deshalb, sowohl die strukturellen als auch die persönlichkeitsbezogenen Ursachenfaktoren unter dem Aspekt einer Lerngeschichte zusammen zu bringen. Bezüglich der Genese von Extremismus weisen bspw. Hopf et al. (1995) darauf hin, dass bereits im frühen Kindesalter, in dem die Familie die zentrale Rolle spielt und Bindungsbeziehungen zu den Eltern aufgebaut werden, die Grundlage für eine spätere Zuwendung zu rechtsextremen Ideologien und Aktivitäten gelegt wird. Es konnte in dieser Studie gezeigt werden, dass Personen mit einer sicher-autonomen Bindung (Attachment) keine rechtsextremen Orientierungen aufbauen, es sei denn, die Bezugsperson lebt bereits solche Orientierungen vor. Personen mit einer unsicher-abwehrenden Beziehung hingegen neigen im besonderen Maße zum Rechtsextremismus. In Bezug auf die Familie wurden zudem noch weitere Einflussfaktoren identifiziert: Kann einerseits davon ausgegangen werden, dass es bei extremen Einstellungen Transmissionseffekte der elterlichen auf die jugendlichen Orientierungen gibt (Boehnke et al. 2002), so entfalten andere Faktoren wie z.B. der Erziehungs- und Interaktionsstil indirekte Effekte, insofern sie eine dispositionelle Bereitschaft für extremistisches Gedankengut schaffen (vgl. Noack 2001). Wetzels und Greve (2001) belegen bspw., dass die Erziehungsstile von fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen häufiger durch Gewalt und geringe elterliche Zuwendung gekennzeichnet sind. Die benachteiligte soziale Stellung der Familie ist - isoliert betrachtet - hingegen noch keine hinreichende Erklärung für die Ausbildung von Rechtsextremismus.

Neben der Familie sind Schule und Freundesgruppe weitere wichtige Sozialisationsagenten. Im Bereich der schulischen Einflüsse wurden u.a. Variablen wie Leistungsprobleme, Lehrerverhalten oder Unterrichtsinhalte untersucht. Das Ausbleiben schulischer Anerkennung, inkonsistente Unterrichtsstile oder niedrige Bildungsanforderungen (z.B. in Hauptschulen) fördern die Genese von Rechtsextremismus (vgl. Sturzbecher 2001, Melzer/Rostampur 2002). Der Stellenwert der Peer-Gruppe verdeutlicht sich anhand des folgenden Befundes: Über 90 % aller rechtsextremen Übergriffe werden aus Gruppen heraus begangen (Wahl 2001). Es ist hierbei zusätzlich zu beachten, dass sich Personen mit problematischen Sozialisationskarrieren eher in extremistischen Gruppen zusammen finden und sich ausbleibende Anerkennung über untypische Verhaltenswege verschaffen (Wetzels/Enzmann 1999).

Dieser Überblick über die Ursachen fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen macht deutlich, dass das Bedingungsgefüge multifaktoriell ist. *Zu erwarten ist, dass Erfahrungen im Elternhaus von herausgehobener Bedeutung sind: Bereits die Autoritarismustheorie hat dazu herausgearbeitet, welche Folgen bspw. gewalthaltige Erziehungsstile haben. Daneben erweisen sich verschiedene Persönlichkeitseigenschaften, die nicht unabhängig sind von den familialen Erziehungspraxen, als wichtige Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen. Eine schlechte soziale Lage allein erscheint weniger eng mit diesen Überzeugungen*

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

*in Zusammenhang stehen. Wichtig ist offenbar, wie diese soziale Lage persönlich wahrgenommen wird.*³

Ein möglicher Ursachenfaktor ist in der bisherigen Forschung zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen kaum berücksichtigt worden: der Medienkonsum. Brosius und Esser (1995) weisen zwar in ihrer vielbeachteten Studie nach, dass die massenmediale Thematisierung von ausländerfeindlichen Übergriffen zu Nachahmungstaten motivieren kann. „Zuerst lernten die Täter aus den Medien Gewalt als erfolgversprechendes Mittel zur Problemlösung kennen, dann lernten sie, dass sie sich fast blind auf große Medienresonanz verlassen konnten [...] Indem jeder Nachahmungstäter, der Teil dieser neuen, vielbeachteten Bewegung sein wollte, selbst auf anonyme Prominenz hoffen konnte, ging von der Berichterstattung eine hohe Motivation auf Gewalttäter aus“ (Brosius/Esser 1996, S.216). In diesem Sinne sind Medien aber keine wirklichen Auslöser, sondern sog. „Moderatoren“, d.h. sie stellen Hintergrundinformationen darüber zur Verfügung, was in einer Gesellschaft als angemessenes Verhalten gilt. Im Sinne einer tatsächlich ursächlichen Wirkung konsumierter Medieninhalte lassen sich hingegen die Befunde von Weiß (1997) interpretieren, der einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Horror-/Gewaltfilmen und Rechtsextremismus berichtet. Eine Erklärung hierfür kann in der gemeinsamen Schnittmenge der Gewaltaffinität gesehen werden, d.h. sowohl in Gewaltmedien als auch in der rechtsextremen Ideologie ist Gewalt ein adäquates Verhaltensmuster. Hinzu kommt, dass dieses Muster in erster Linie mit Männlichkeit assoziiert wird. *Insofern kann die These formuliert werden, dass ein intensiver Konsum von gewalthaltigen Filmen und Computerspielen zur Ausbildung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen beiträgt.*

3. Datenbasis und Stichprobenbeschreibung

Für die Untersuchung des Ausmaßes und der Ursachen sowie der Entwicklung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen werden verschiedene Datenquellen herangezogen. Grundlage für die Prävalenzschätzung ist eine im Jahr 2005 in zehn verschiedenen Gebieten Deutschlands durchgeführte Schülerbefragung (N=17021) sowie eine als Vollerhebung konzipierte Schülerbefragung in Hannover im Jahr 2006 (N=3661). Befragt wurden jeweils Schüler der neunten Jahrgangsstufe. Auf Basis der erstgenannten Stichprobe wird zudem die Analyse von Ursachenzusammenhängen erfolgen. Um die Frage zu beantworten, wie sich fremdenfeindliche Einstellungen über die Zeit hinweg entwickelt haben, werden vier Gebiete, in denen seit 1998 Schülerbefragungen durchgeführt worden sind, herangezogen: Dabei handelt es sich um die Städte Schwäbisch Gmünd (1998 und 2005), Stuttgart (1998 und 2005), München (1998, 2000, 2005) und Hannover (1998, 2000 und 2006).⁴

Die zentralen Merkmale der Stichproben aus den Jahren 2005 und 2006 können Tabelle 1 entnommen werden.⁵ Etwa die Hälfte der befragten Jugendlichen ist männlich, die andere

³ Indikatoren der subjektiven Deprivation finden sich nicht im eingesetzten Fragebogen, so dass nur der erste Teil der These, nach dem eine schlechte soziale Lage kaum einen Einfluss auf fremdenfeindliche Überzeugungen hat, geprüft werden kann.

⁴ Vgl. für die Stichprobenbeschreibung dieser Trendstichprobe Baier/Windzio (2007).

⁵ Nicht in allen Gebieten konnte sichergestellt werden, dass die realisierten Stichproben ein genaues Abbild der Grundgesamtheit der Schülerschaft darstellen, weshalb ein Anpassungsgewicht konstruiert wurde. Diese Ge-

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Hälfte weiblich. Der niedrigste Anteil männlicher Befragter findet sich im Bundesland Thüringen, der höchste in Stuttgart. In Hannover ist das Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen. Erwartungsgemäß sind die Neuntklässler zum Erhebungszeitpunkt etwa 15 Jahre alt; zwischen den Gebieten gibt es diesbezüglich nur geringfügige Unterschiede. Die Anteile der verschiedenen ethnischen Gruppen verteilen sich hingegen sehr ungleich über die Befragungsgebiete.⁶ Insbesondere in den größeren Städten wie München, Stuttgart und Kassel finden sich vergleichsweise niedrige Anteile an deutschen Befragten. In den eher ländlichen Gebieten (z.B. Soltau-Fallingb. und Oldenburg) haben mehr als drei Viertel der Jugendlichen eine deutsche Herkunft. Thüringen als einziges ostdeutsches Gebiet in der Stichprobe weist den geringsten Migrantenanteil von 3,6 % auf. Die zwei größten Migrantengruppen bilden die türkischen und russischen Jugendlichen.⁷ Besonders stark vertreten sind türkische Jugendliche in Stuttgart, Dortmund, München und Kassel. Hohe Anteile an russischen Befragten finden sich in Schwäbisch-Gmünd, Kassel und Soltau-Fallingb. In Hannover hat etwas mehr als jeder 2. Befragte eine deutsche Herkunft; 11,6 % sind türkischer und 8,9 % russischer Herkunft.

Tabelle 1: Stichprobenbeschreibung nach Erhebungsgebiet, 9. Jahrgangsstufe

	Dort- mund	Kassel	Mün- chen	Olden- burg	Peine (LK)	Schwä- bisch- Gmünd	Soltau- Falling- b. (LK)	Stutt- gart	Lehrte	Thü- ringen (BL)	Ge- sam- t 2005	Han- nover 2006
N	2352	1659	2846	1364	1164	740	1510	2231	435	2720	17021	3661
männlich (in %)	48,3	50,0	49,8	48,8	49,3	50,5	48,4	52,8	51,3	47,1	51,3	50,6
Alter (Mittelwert)	15,1	15,1	15,3	15,0	15,1	15,0	15,1	15,1	15,1	14,9	15,1	15,0
deutsch (in %)	62,0	58,9	55,9	77,4	80,3	61,3	79,4	51,1	74,3	96,4	69,1	56,0
türkisch	12,1	10,0	11,2	4,5	5,7	9,1	3,5	13,5	8,7	0,1	8,7	11,6
russisch	5,3	8,4	2,4	6,1	4,1	10,1	7,1	4,3	6,0	1,7	4,8	8,9
andere	20,6	22,7	30,4	12,0	9,7	19,5	10,0	31,2	11,0	1,8	18,2	23,5
Sozialhilfebezug (in %)	8,8	8,9	4,2	6,3	6,2	4,8	5,9	5,3	6,7	5,1	6,1	15,5
Wohnort außerhalb Be- fragungsgebiet (in %)	1,5	22,2	8,7	10,0	0,6	18,8	0,9	7,4	3,4	1,0	6,8	10,9

gewichtete Daten; LK = Landkreis, BL = Bundesland

Die Anteile an Jugendlichen, die selbst oder deren Eltern zum Zeitpunkt der Befragung Sozialhilfe erhalten, variiert deutlich zwischen den Gebieten. Im Durchschnitt lebt etwa jeder 16. Jugendliche aktuell in einer armutsnahen Lage (6,1 %). In Kassel und Dortmund berichtet jeder elfte Jugendliche hiervon, in München oder Schwäbisch-Gmünd ist es nur etwa jeder zwanzigste. Auffallend ist der hohe Anteil an Sozialhilfeempfängern in Hannover. Die Erklärung für diesen Befund ist in der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Ar-

wichtigungsprozedur wurde für jede Stadt nach Schulform vorgenommen, und zwar derart, dass die Fallzahlen der Analysestichproben konstant gehalten wurden.

⁶ Die Jugendlichen wurden, um die ethnische Herkunft zu bestimmen, gebeten, im Fragebogen die Nationalität der Eltern bei deren Geburt zu berichten. War diese Nationalität türkisch, so wird der Jugendliche als türkisch bezeichnet, war sie russisch, als russisch usw. Wenn Vater und Mutter verschiedene Nationalitäten besaßen, entschied die Herkunft der Mutter über die Zuordnung. Lag allerdings der Fall vor, dass der Vater nichtdeutsch war, die Mutter hingegen deutsch, wurde der Jugendliche der entsprechenden nichtdeutschen Gruppe zugeteilt; gleiches gilt, wenn der Vater deutsch und die Mutter nichtdeutsch war. Lagen keine Informationen über die Eltern vor (fehlende Werte), wurden weitere Angaben der Jugendlichen u.a. zur eigenen Nationalität bei Geburt bzw. zum möglichen Einwanderungsland eines der Elternteile zur Klassifizierung herangezogen (vgl. auch Bailer/Pfeiffer 2007).

⁷ Da die übrigen ethnischen Gruppen zahlenmäßig klein sind, wurden sie in der Kategorie „andere“ zusammengefasst. Hierzu gehören z.B. Personen mit einer nordamerikanischen, südeuropäischen, asiatischen Herkunft u.v.m.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

beitslosengeld II) zu suchen. In der Befragung 2005 hat sich diese Maßnahme noch nicht in der Bestimmung der Sozialhilfequote niedergeschlagen – die Umstellung hatte gerade erst stattgefunden. Im Jahr 2006 führt die Zusammenlegung aber zu einer artifiziellen Erhöhung der Quote, da unterdessen ein größerer Personenkreis Anspruch auf die neue Form der Sozialhilfe angemeldet hat. Hartz IV hat also mehr Armut sichtbar gemacht, sie aber nicht geschaffen.

Der Anteil an Befragten, die nicht im Befragungsgebiet leben, variiert ebenfalls sehr stark nach Gebieten. Dass sich überhaupt Jugendliche in der Stichprobe befinden, die nicht im Befragungsgebiet wohnhaft sind, ist darauf zurückzuführen, dass die Befragungen in allen bzw. in per Zufall ausgewählten Schulen einer Stadt bzw. eines Landkreises durchgeführt worden sind. Grundgesamtheit ist damit nicht die Jugend eines Gebietes, sondern die Schülerschaft eines Gebietes.⁸ Etwas weniger als ein Viertel der Befragten in Kassel lebt außerhalb der Stadt – dies ist der höchste Wert unter allen Gebieten. Um 3,4 Prozentpunkte geringer fällt dieser Wert in der Stadt Schwäbisch-Gmünd aus, wo etwa jeder fünfte befragte Jugendliche nicht im Stadtgebiet lebt. Hohe Anteile an nicht ortsansässigen Jugendlichen finden sich zudem in Hannover, Oldenburg, München und Stuttgart. Diese unterschiedlich hoch ausfallenden Pendler-Anteile sind insofern problematisch, als es sich hier um eine besondere Population handelt: Die gesamte Stichprobe 2005 betrachtet zeigt sich, dass diese Jugendlichen häufiger ein Gymnasium besuchen und deutscher Herkunft sind. Dies ist nicht überraschend, da nicht in jedem Ort im Umland einer Stadt auch Gymnasien vorhanden sind und die Eltern, die ihrem Kind eine gymnasiale Bildung zukommen lassen möchten, diese in die Stadt schicken müssen. Wir haben uns dafür entschieden, diese Pendler nicht aus der Stichprobe zu entfernen, da sie sich einen großen Teil ihrer Zeit im Befragungsgebiet aufhalten und damit bspw. hier auch delinquente Taten begehen und damit das Delinquenzniveau (aber auch das Niveau an Fremdenfeindlichkeit) einer Stadt bzw. eines Landkreises mitbestimmen.

4. Ausmaß fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen

Um das Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen der Jugendlichen zu erfassen, wurden diese gebeten, den Grad ihrer Zustimmung zu sieben verschiedenen Aussagen anzugeben. In Tabelle 2 sind diese Aussagen und die Raten der Zustimmung zu den Einzelitems der Skala aufgeführt.⁹ Die in dieser Tabelle vorgestellten und alle weiteren Auswertungen beziehen sich dabei ausschließlich auf einheimische deutsche Jugendliche, deren beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dies trifft in der Schülerbefragung 2005 auf 11739 Personen, in der Schülerbefragung 2006 (Hannover) auf 2049 Personen zu.¹⁰

⁸ Vgl. zur methodischen Vorgehensweise auch Baier et al. (2006, S. 30ff).

⁹ In Hannover wurde die Einstellung zu Fremden in veränderter Weise erfasst: Zwei der in Tabelle 2 dargestellten Items wurden ebenfalls einbezogen, wobei „Ausländer“ bzw. „Asylbewerber“ durch „Zuwanderer, die aus anderen Ländern nach Deutschland kommen, um hier zu leben“ ersetzt wurde. Daneben wurden die drei Items „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Zuwanderer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, „Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landleuten auswählen“ und „Der Staat gibt zuviel Geld aus, um Zuwanderer zu unterstützen“ einbezogen. Diese Veränderungen machen einen Vergleich mit den anderen Befragungsgebieten der Schülerbefragung 2005 strenggenommen unmöglich. Um dennoch über aktuelle Befunde zu informieren, werden die Ergebnisse zu Hannover 2006 mit berichtet.

¹⁰ Nur die Beschränkung auf einheimische Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen macht es möglich, die Erhebungsgebiete im Hinblick auf das Niveau fremdenfeindlicher Einstellungen zu vergleichen. Ohne diese Einschränkung würden ethnisch sehr heterogene Gebiete miteinander verglichen, was dazu führen würde, dass

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Die Befunde verdeutlichen, dass ein Großteil der Befragten diesen Einstellungen nicht zustimmt („stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“). Einzelne Aussagen werden von den Jugendlichen allerdings in höherem Maße befürwortet als andere. So vertritt etwa jeder vierte Befragte die Ansicht, dass Ausländer Schuld seien an der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Vergleichsweise hohe Zustimmung erhalten auch die Items „Die meisten Kriminellen sind Ausländer“ (38,3 %) und „Die meisten Asylbewerber wollen Deutschland nur ausnutzen“ (26,9 %). Explizit ablehnende Haltungen gegenüber Ausländern (erfasst durch die Items „Deutschland den Deutschen-Ausländer raus“ bzw. „Ich finde, Ausländer muss man ‚aufklatschen‘ und ‚raushauen‘“) vertreten immerhin etwa 16 bzw. 12 % der Jugendlichen.

Tabelle 2: Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen (Schülerbefragung 2005; in %)

Item	stimme gar nicht zu (1)	stimme eher nicht zu (2)	stimme eher zu (3)	stimme völlig zu (4)	N
Andere Nationen sind nicht so leistungsfähig wie die Deutschen.	55,2	29,8	10,0	4,9	11560
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.*	41,2	31,2	18,8	8,8	11541
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	62,4	26,6	7,4	3,6	11497
Deutschland den Deutschen – Ausländer raus.	63,6	20,0	9,1	7,2	11532
Die meisten Kriminellen sind Ausländer.	30,4	31,2	27,0	11,3	11490
Die meisten Asylbewerber wollen sowieso nur die Deutschen ausnutzen.*	41,2	32,0	17,3	9,6	11491
Ich finde Ausländer muss man „aufklatschen“ und „raushauen“.	69,2	18,9	6,2	5,7	11522

gewichtete Daten, nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen, * - Aussagen auch in Hannover 2006 erfasst

Um das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit eines Jugendlichen bestimmen zu können, wurde aus allen sieben in Tabelle 1 aufgeführten Items eine Mittelwertsskala gebildet. Dies ist deshalb möglich, weil die Items auf einem gemeinsamen Faktor laden, der 64 Prozent der Gesamtvarianz aufklärt. Mit einer internen Konsistenz von Cronbachs Alpha = .90 erweist sich die Skala zudem als sehr reliabel (Tabelle 3).

Gebiete mit hohem Migrantenanteil deutlich niedrigere Niveaus aufweisen würden als Gebiete mit niedrigem Migrantenanteil, insofern Migranten deutlich seltener fremdenfeindlich eingestellt sind. Aus den Analysen müssen auch die deutschen Jugendlichen mit einem nichtdeutschen Elternteil Analysen ausgeschlossen werden, da diese alltäglich mit dem „Fremden“ in ihrer eigenen Familie aufwachsen. Dieses Aufwachsen hat auch bei dieser Gruppe zur Folge, dass sie seltener fremdenfeindlich eingestellt sind als Deutsche mit zwei deutschen Elternteilen (s.u.).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Tabelle 3: Item- und Skalenwerte der Skala „fremdenfeindliche Einstellungen“ (Schülerbefragung 2005)

Item	Mittelwert	Standardabweichung	Faktorladung	Trennschärfe-koeffizient
Andere Nationen sind nicht so leistungsfähig wie die Deutschen.	1.64	.85	.68	.58
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.	1.95	.97	.81	.73
Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	1.52	.78	.79	.71
Deutschland den Deutschen – Ausländer raus.	1.60	.92	.87	.80
Die meisten Kriminellen sind Ausländer.	2.19	1.00	.76	.68
Die meisten Asylbewerber wollen sowieso nur die Deutschen ausnutzen.	1.95	.98	.83	.76
Ich finde Ausländer muss man „aufklatschen“ und „raushauen“.	1.45	.84	.84	.76
Gesamtskala	1.76	.72	$\alpha=.90$	

gewichtete Daten, nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen

Entsprechend den vorgegebenen Antworten (von „stimme gar nicht zu“ bis „stimme völlig zu“) konnten die Werte eines Befragten auf der Skala „fremdenfeindliche Einstellungen“ zwischen 1,0 und 4,0 variieren. Um die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen über die Erhebungsgebiete darstellen zu können, wurden zwei Kategorisierungen vorgenommen: Die erste Kategorisierung fasst alle Befragten zur Gruppe der fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen zusammen, die Werte über dem theoretischen Mittelwert der Skala, der 2,5 beträgt, erreichten, die also durchschnittlich etwas häufiger zustimmten als nicht zustimmten (Werte > 2,5). Bei der zweiten Kategorisierung wird vorausgesetzt, dass ein Befragter durchschnittlich auf allen sieben Items eine zustimmende Meinung geäußert haben muss, d.h. hier werden diejenigen Befragten zur Gruppe der hoch fremdenfeindlich eingestellten Personen zusammengefasst, die einen Durchschnittswert größer als 3,0 erzielten (Werte > 3,0). Der zweiten Kategorisierung liegt also eine sehr enge Auslegung von Fremdenfeindlichkeit zugrunde.

Die Abbildung 1 zeigt, dass sich die gewählte Kategorisierung nicht auf die Unterschiede zwischen den Gebieten auswirkt, wohl aber auf die Schätzung des Ausmaßes der Verbreitung. Entsprechend beider Vorgehensweisen existieren hochsignifikante Niveauunterschiede¹¹ im Bereich der fremdenfeindlichen Einstellung zwischen den Gebieten: Oldenburg weist dabei die wenigsten fremdenfeindlich eingestellten Schüler auf. Entsprechend der weiteren Auslegung kann man von 8,5 % fremdenfeindlichen Schülern sprechen, entsprechend der engen Auslegung von 3,4 %. Die zweitniedrigste Quote weist jeweils Stuttgart auf, die drittniedrigste Kassel. Auch am oberen Ende differieren die Ergebnisse nicht mit der zugrunde gelegten Kategorisierung: Beide Male ergeben sich für Lehrte die meisten fremdenfeindlich eingestellten

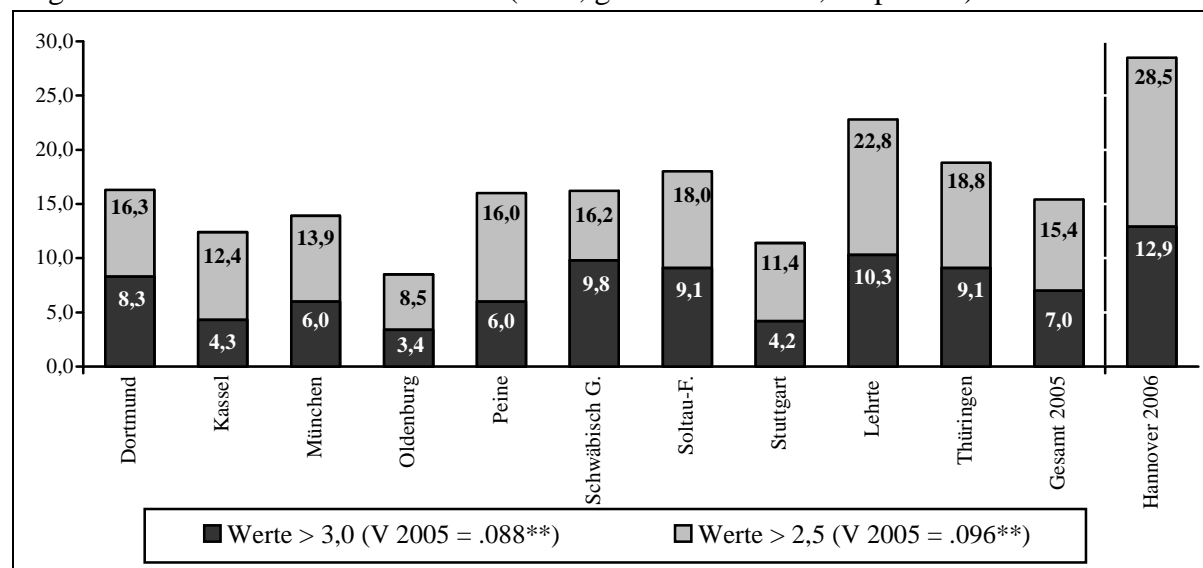
¹¹ Die Signifikanz von Unterschieden wird nachfolgend meist durch den Cramers-V-Koeffizienten ausgewiesen. Dieser kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, höhere Werte stehen für einen engeren Zusammenhang. Wenn Unterschiede signifikant sind, d.h. wenn angenommen werden kann, dass gefundene Unterschiede nicht nur in der Stichprobe, sondern auch in der Grundgesamtheit existieren, dann wird dies entsprechend der Konventionen mit * (signifikant, $p < .05$) bzw. ** (hochsignifikant, $p < .01$) kenntlich gemacht. Aufgrund der Stichprobengröße werden bereits bei kleineren Unterschieden signifikante Ergebnisse ausgewiesen, weshalb auch die absolute Höhe eines Unterschieds zu beachten ist.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

ten Schüler, gefolgt von Thüringen bzw. Soltau-Fallingbostel und Schwäbisch Gmünd. Auffallend ist, dass Thüringen als ostdeutsches Gebiet im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt zwar deutlich höhere Werte aufweist, keinesfalls jedoch die höchsten Anteile an fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen zu verzeichnen hat.¹² Dieser Befund erscheint etwas überraschend, da in der Forschung zumeist von einem höheren Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen im Osten Deutschlands ausgegangen wird.¹³ *Alle Gebiete der Schülerbefragung 2005 betrachtet lässt sich schlussfolgern, dass es einen Anteil an fremdenfeindlichen Jugendlichen gibt, der zwischen 7,0 und 15,4 % beträgt und damit in etwa das auch in anderen Studien berichtete Niveau erreicht.*

Interessant ist zudem der Befund aus Abbildung 1, dass nicht die Großstädte Dortmund, München oder Stuttgart den größten Anteil fremdenfeindlich eingestellter Jugendlicher aufweisen, sondern vielmehr die ländlichen bzw. kleinstädtischen Gebiete wie Soltau-Fallingbostel oder Lehrte. Ein möglicher Grund dafür könnte in den vermehrten Kontaktmöglichkeiten interkultureller Art in größeren Städten liegen, die wiederum positive Auswirkungen auf die Einstellungen der Schüler gegenüber anderen Kulturen haben. Die Befunde stützen somit indirekt die Kontakthypothese, wonach Personen, die viele Kontakte zu Angehörigen einer anderen Nationalität oder Kultur haben, geringere fremdenfeindliche Einstellungen aufweisen (vgl. Stroebe et al. 1997, S. 574).

Abbildung 1: Anteil fremdenfeindlich eingestellter Schüler nach Erhebungsgebiet – nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen (in %; gewichtete Daten; ** p < .01)



¹² Zu beachten ist an dieser Stelle natürlich, dass sehr ungleiche Gebiete miteinander verglichen werden, also ein Bundesland auf der einen und Landkreise bzw. Großstädte auf der anderen Seite. Führt man die Häufigkeits-schätzungen in Thüringen für die einzelnen Landkreise durch, so zeigt sich, dass auch in Thüringen Gebiete mit deutlich über dem Wert von Lehrte liegenden Anteilen an fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen existieren. Entsprechend der weiten Kategorisierung (Werte > 2,5) variieren diese Anteile in den Thüringer Landkreisen zwischen 3,1 und 30,5 % (vgl. Baier et al. 2006a).

¹³ Ein erst kürzlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichter Bericht zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland bestätigt im Übrigen unseren Befund: Auch da zeigt sich, dass Ostdeutschland nicht in allen Dimensionen der Fremdenfeindlichkeit höhere Werte erreicht als die alten Bundesländer (vgl. Decker/Brähler 2006).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Von diesen Befunden deutlich abweichend sind die Prävalenzschätzungen für Hannover 2006: Entsprechend der weiten Auslegung werden hier etwa ein Viertel der Schüler als fremdenfeindlich eingestuft, entsprechend der engen Auslegung immerhin noch 12,9 %. Keinesfalls lässt dieser Befund die Schlussfolgerung zu, dass Hannover in Deutschland zu den problembelastetsten Gebieten gehört. Stattdessen lässt sich nur folgern, dass die Form der Erfassung fremdenfeindlicher Einstellungen die Schätzung der Verbreitung derselben mitbestimmt. In Hannover wurde einerseits der Wortlaut einzelner Items verändert; andererseits wurde mit drei neuen Items gearbeitet; drittens schließlich wurde die Fremdenfeindlichkeit statt mit sieben mit nur fünf Items erfasst (vgl. Fußnote 9). Nur die Folgen der Veränderung des Wortlauts der Items (statt Ausländer/Asylbewerber Zuwanderer) lassen sich empirisch abschätzen: Während sich in der Schülerbefragung 2005 zur Aussage „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.“ 27,6 % der Jugendlichen zustimmend äußerten, waren dies in Hannover 24,8 %. Die Aussage „Die meisten Asylbewerber wollen sowieso nur die Deutschen ausnutzen.“ bejahten 2005 26,9 % der Schüler, in Hannover waren es 32,4 %. Die allgemeinere Bezeichnung des Fremden erhöht also tendenziell die Bereitschaft, negativen Aussagen über Fremde zuzustimmen. Zu vermuten ist, dass auch in den anderen Gebieten eine weitere Verbreitung der Fremdenfeindlichkeit festzustellen gewesen wäre, wenn die Items der Hannoveraner Befragung zum Einsatz gekommen wären.

Eine getrennte Analyse fremdenfeindlicher Einstellungen nach dem Geschlecht der Befragten ergibt, dass derartige Einstellungen bei männlichen Schülern deutlich verbreiteter sind als bei weiblichen Schülern: 19,5 % aller männlichen Befragten der Schülerbefragung 2005, jedoch nur 11,4 % der weiblichen Befragten werden als fremdenfeindlich entsprechend der weiteren Kategorisierung eingestuft ($V = .112^{**}$).¹⁴ Legt man die engere Kategorisierung zugrunde, fällt der Unterschied zwischen beiden Geschlechtern noch deutlicher aus, da mehr als doppelt so viele Jungen wie Mädchen als fremdenfeindlich eingestuft werden (9,6 zu 4,5; $V = .100^{**}$). Es bestätigen sich damit die Befunde, die zur Geschlechterdifferenz bereits in anderen Studien aufgezeigt wurden (u.a. Peucker et al. 2001, S. 27f.). Da sich sowohl im Hinblick auf die Erhebungsgebiete als auch im Hinblick auf das Geschlecht gezeigt hat, dass zwar das Niveau, nicht aber das Ausmaß der Unterschiede mit der gewählten Kategorisierung variiert, konzentrieren wir uns bei den nachfolgenden Auswertungen auf die weitere Kategorisierung (Werte $> 2,5$). Im anschließenden Erklärungsmodell geht die Skala „Fremdenfeindlichkeit“ als kontinuierliche Variable ein, d.h. hier werden dann alle Informationen, die bei einer Kategorisierung notwendig verloren gehen, ausgeschöpft (s.u.).

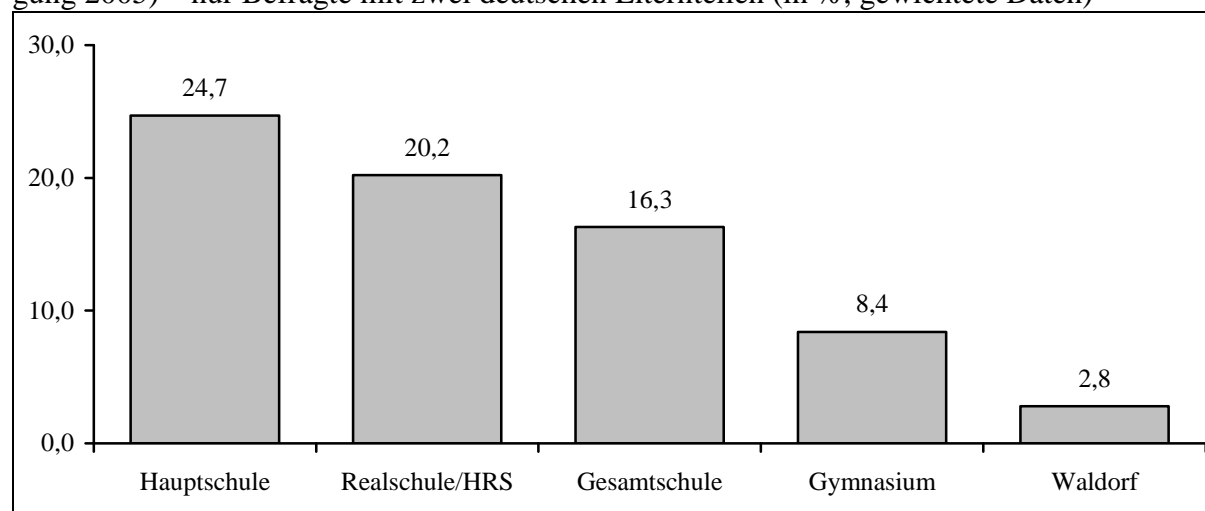
Die Ausprägung fremdenfeindlicher Einstellungen differiert weiterhin hochsignifikant mit der besuchten Schulform ($V = .176^{**}$). Mit etwa zehn Prozentpunkten Unterschied zum Gesamtdurchschnitt der Stichprobe (15,4 Prozent) kann für Hauptschüler der höchste Anteil an fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen festgestellt werden (Abbildung 2); Gymnasiasten und Waldorfschüler weisen den geringsten Anteil auf. Die Realschüler unterscheiden sich schließlich kaum von den Gesamtschülern. Der Befund, dass mit höheren Schulformen und damit letztlich auch höherem Bildungsniveau eines Befragten seine Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen sinkt, gilt im Übrigen für beide Geschlechter und alle Erhebungsgebiete gleichermaßen. Dieser Befund steht aber in gewissem Widerspruch zur oben erwähnten Kontakthypothese: Hauptschulen weisen entsprechend der Schülerbefragung 2005 mit 56,1 % den

¹⁴ Die Befunde zu den Geschlechts-, Schulform- und ethnischen Unterschieden stellen sich trotz veränderter Erfassung in Hannover in der selben Weise dar, weshalb sie nicht weiter berichtet werden.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

höchsten Anteil an nichtdeutschen Schülern auf, d.h. die Möglichkeiten für interkulturelle Kontakte sind hier am höchsten. In Gymnasien liegt der Anteil nichtdeutscher Schüler hingegen nur bei 21,7 %, in Waldorfschulen gar nur bei 17,3 %. Insofern lässt sich folgern, dass ein Kontakt allein nicht ausreicht, sondern erst bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, damit dieser Vorurteile reduziert (vgl. Jonas 1998). Und höhere Bildung entfaltet ihre Vorurteile reduzierende Wirkung nicht allein aufgrund von interkulturellen Kontakten (vgl. Fußnote 3).

Abbildung 2: Anteil fremdenfeindlich eingestellter Schüler nach Schulform (Schülerbefragung 2005) – nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen (in %; gewichtete Daten)

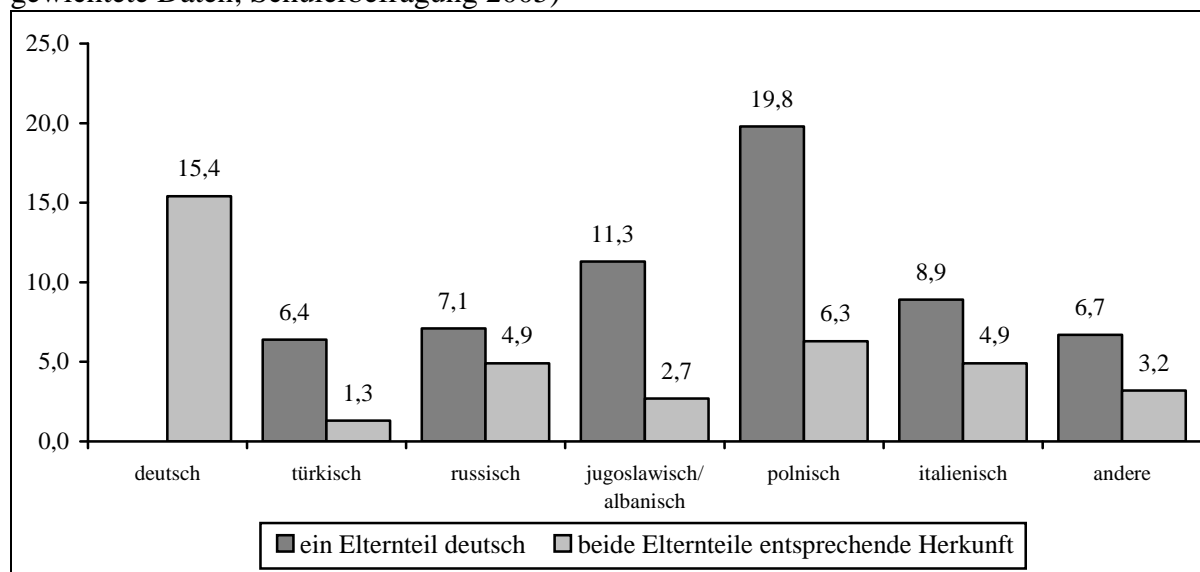


Obwohl sich die präsentierten Analysen ausschließlich auf Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen beziehen, erscheinen die Befunde zur Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen ethnischen Gruppen nennenswert (Abbildung 3). Die Befunde werden dabei getrennt für Jugendliche mit zwei nichtdeutschen Elternteilen bzw. einem nichtdeutschen und einem deutschen Elternteil berichtet.¹⁵ Zwei Ergebnisse sind festzuhalten: Das Zustimmungsniveau zu fremdenfeindlichen Aussagen liegt erstens bei deutschen Jugendlichen deutlich über dem Niveau von nichtdeutschen Jugendlichen, die in einer komplett nichtdeutschen Familie aufwachsen. Besonders niedrige Werte weisen türkische und jugoslawische Jugendliche auf. Etwas fremdenfeindlicher äußern sich hingegen polnische Jugendliche. Zweitens kann ebenfalls als bestätigt gelten, dass Jugendliche mit einem nichtdeutschen Elternteil seltener fremdenfeindlich eingestellt sind; die Affinität zu diesen Einstellungen liegt aber durchweg höher als bei nichtdeutschen Jugendlichen mit zwei nichtdeutschen Elternteilen. Erneut stechen die polnischen Jugendlichen hervor: Wenn polnische Jugendliche mit einem deutschen Elternteil aufwachsen, sind sie sogar noch eher als deutsche Jugendliche bereit, fremdenfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Eine Erklärung für diesen Befund kann an dieser Stelle nicht gegeben werden, da weitere Informationen zu den einzelnen Elternteilen nicht erhoben wurden. Mit der Ausnahme dieser Jugendlichen bestätigt sich aber, dass Fremdenfeindlichkeit unter nichtdeutschen Jugendlichen z.T. deutlich seltener anzutreffen ist und daher die hier verfolgte Strategie der Konzentration auf deutsche Jugendliche mit zwei deutschen Elternteilen als sinnvoll anzusehen ist.

¹⁵ Vgl. zur Häufigkeit des Vorkommens der unterschiedlichen Familienkonstellationen nach ethnischer Herkunft Baier und Pfeiffer (2007, S. 17).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Abbildung 3: Anteil fremdenfeindlich eingestellter Schüler nach ethnischer Herkunft (in %; gewichtete Daten; Schülerbefragung 2005)



Erwähnenswert ist zudem die Beziehung, die zwischen sog. gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen (GLMN)¹⁶ und fremdenfeindlichen Einstellungen besteht. Wenn Jugendliche diese Werthaltungen als sehr wichtig für die eigene Lebensführung erachten, dann gehören sie sechsmal häufiger zur Gruppe der fremdenfeindlich eingestellten Personen als wenn sie diese Werthaltung als unwichtig erachten. Von den Jugendlichen, die GLMN ablehnen, erweisen sich nur 9,5 % als fremdenfeindlich, von den hoch zustimmenden Jugendlichen hingegen 56,8 % ($V = .271^{**}$). Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es nur sehr wenige deutsche Befragte sind, die überhaupt den GLMN zustimmen (insgesamt 2,2 %), zeigt sich also, dass diese zu mehr als der Hälfte als fremdenfeindlich und zu über einem Drittel als hoch fremdenfeindlich im Sinne der engeren Kategorisierung einzustufen sind (40,4 %). Die Zusammenhänge sind dabei für die männlichen Befragten noch etwas stärker ausgeprägt als für die weiblichen Befragten. Bezieht man zusätzlich den Befund mit ein, dass die GLMN eigentlich hauptsächlich bei türkischen Jugendlichen Zustimmung finden (vgl. Baier/Pfeiffer 2007, S. 26ff), lässt sich eine These von den „Brüdern im Geiste“ formulieren. Sowohl die gewaltaffinen türkischen Jugendlichen als auch die fremdenfeindlich eingestellten deutschen Jugendlichen eint ein stark die Männlichkeit betonendes normatives Leitbild, das die Aufforderung zur Demonstration der Männlichkeit auf dem Wege des Gewalteinsatzes einschließt. Sowohl bestimmte Gruppen türkischer, aber natürlich auch jugoslawischer oder arabischer Migranten, als auch bestimmte Gruppen deutscher Jugendlicher verfügen damit über ein antiquiertes Männlichkeitsverständnis, das sehr folgenreich für die eigenen Einstellungen gegenüber Personen anderer ethnischer Gruppen sowie dem Verhalten diesen Personen gegenüber ist. Die Prävention fremdenfeindlicher Einstellungen muss damit die Dekonstruktion dieser Männlichkeitsideale mit einschließen.

Fremdenfeindliche Jugendliche, die gleichzeitig gewaltbefürwortende Einstellungen aufweisen, stellen ein besonderes Gefährdungspotential dar und sind entsprechend der einleitend

¹⁶ Erfasst werden gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen u.a. durch die Zustimmung zu Aussagen wie „Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling.“ oder „Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf der Mann sie schlagen“ (vgl. zur genauen Operationalisierung Baier et al. 2006, S. 157f.).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

referierten Konzeption als rechtsextrem einzustufen. Die Messung gewaltaffiner Einstellungen erfolgte mit Hilfe einer Skala aus elf Items (Tabelle 4).

Tabelle 4: Item- und Skalenwerte der Skala „Gewaltaffinität“ (Schülerbefragung 2005)

Item	Mittelwert	Standardabweichung	Faktorladung	Trennschärfe-koeffizient
Ein bisschen Gewalt gehört einfach dazu, um Spaß zu haben.*	1.70	.85	.75	.67
Man muss zu Gewalt greifen, weil man nur so beachtet wird.	1.34	.64	.68	.59
Wenn jemand mich angreift, dann schlage ich auch zu.	2.66	.99	.60	.52
Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt.*	1.55	.77	.72	.64
Wenn ich zeigen muss, was ich drauf habe, würde ich auch Gewalt anwenden.*	1.60	.82	.73	.66
Ohne Gewalt wäre alles viel langweiliger.*	1.48	.76	.74	.66
Wenn mich jemand provoziert, dann werde ich schnell gewalttätig.*	1.67	.83	.72	.64
Über Gewalt schaffen Jugendliche klare Verhältnisse, Erwachsene reden doch nur rum.	1.80	.92	.68	.60
Es ist völlig normal, wenn Männer sich im körperlichen Kampf mit anderen selbst beweisen wollen.	2.06	.94	.64	.56
Auge um Auge, Zahn um Zahn, so ist nun mal das Leben.	1.75	.88	.71	.64
Wenn ich richtig gut drauf bin, beteilige ich mich auch schon mal daran, andere "aufzumischen".	1.60	.84	.70	.62
Gesamtskala	1.75	.58	$\alpha=.89$	

gewichtete Daten, nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen, * - Aussagen auch in Hannover 2006 erfasst, die Antworten konnten von „1 – stimme gar nicht zu“ bis „4 – stimme völlig zu“ abgestuft werden

Die Skala Gewaltaffinität basiert u.a. auf einer von Sturzbecher (1997, 2001) genutzten Skala. Die interne Reliabilität der Gesamtskala kann als sehr gut eingeschätzt werden ($\alpha = .89$). Der Mittelwert beträgt 1.75, es handelt sich also um eine linkssteile Verteilung (mehr ablehnende als zustimmende Antworten).

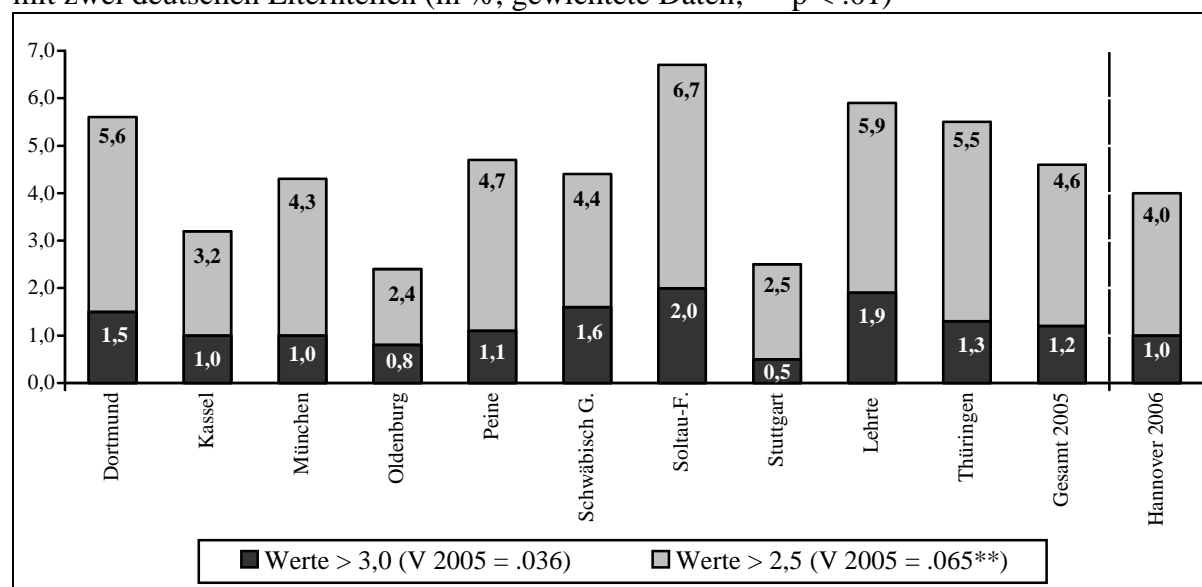
Für die Unterscheidung von gewaltaffinen und nicht gewaltaffinen Jugendlichen können nun wiederum zwei Schwellenwerte zugrunde gelegt werden: Da auch hier die Antwortvorgaben von „1 – stimme gar nicht zu“ bis „4 – stimme völlig zu“ reichten, würde eine weniger strenge Kategorisierung auf den Schwellenwert 2,5 zurückgreifen, was bedeutet, dass ein Befragter im Durchschnitt mehr Items zustimmen muss als er Items ablehnt. Eine engere Auslegung würde auf den Schwellenwert 3,0 rekurren; ein Befragter müsste also im Mittel allen Items zumindest eher zugestimmt haben, damit er als gewaltaffin klassifiziert wird. Um zu belegen, dass eine Entscheidung über den zu nutzenden Schwellenwert die Ergebnisse zur Unterschiedlichkeit der Rechtsextremismuskategorien in den Gebieten nicht beeinflusst, werden in Abbildung 4 erneut die Ergebnisse beider Klassifikationsstrategien dargestellt.

Je nach Kategorisierung müssen zwischen 1,2 und 4,6 % der deutschen Jugendlichen der Schülerbefragung 2005 als rechtsextrem eingestuft werden, d.h. 1,2 % der Schüler erreichten sowohl bei der Skala Gewaltaffinität als auch bei der Skala Fremdenfeindlichkeit einen Wert

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

über 3,0.¹⁷ Soltau-Fallingb., Lehrte, Dortmund und Thüringen stechen bei beiden Kategorisierungen hervor, d.h. hier sind – unabhängig davon, wie man die Gruppe genau bestimmt – die meisten rechtsextremen Schüler zu finden. Stuttgart, Oldenburg und Kassel weisen wiederum die niedrigsten Anteile rechtsextrem eingestellter Jugendlicher auf. Da die engere Klassifikationsvariante dazu führt, dass nur mehr 142 Fälle für differenzierte Auswertungen zur Verfügung stehen, wird, ebenso wie weiter oben schon bei den fremdenfeindlichen Einstellungen, für die nachfolgenden Analysen auf die weitere Variante zurückgegriffen (N = 535).¹⁸

Abbildung 4: Anteil rechtsextrem eingestellter Schüler nach Erhebungsgebiet – nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen (in %; gewichtete Daten; ** p < .01)



Eine nach Geschlecht differenzierende Analyse zeigt, dass das Verhältnis von Mädchen zu Jungen in Bezug auf fremdenfeindliche Einstellungen geringer ausfällt als in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen. Während dieses Verhältnis bei der Fremdenfeindlichkeit 1:1,7 betrug, kommen auf ein rechtsextremes Mädchen durchschnittlich 3,9 rechtsextreme Jungen. Von allen befragten Mädchen wurden 1,9 % als fremdenfeindlich und gewaltaffin klassifiziert, bei den Jungen sind es hingegen 7,5 % (Schülerbefragung 2005). Legen wir auch hier die engere Klassifikation zugrunde, stehen nur mehr 0,3 % rechtsextreme Mädchen 2,2 % rechtsextremen Jungen gegenüber.¹⁹

¹⁷ Fremdenfeindliche Einstellungen korrelieren recht hoch mit gewaltbefürwortenden Einstellungen ($r = .37^{**}$), d.h. je höher die fremdenfeindlichen Einstellungen ausfallen, umso höher ist auch die Gewaltaffinität.

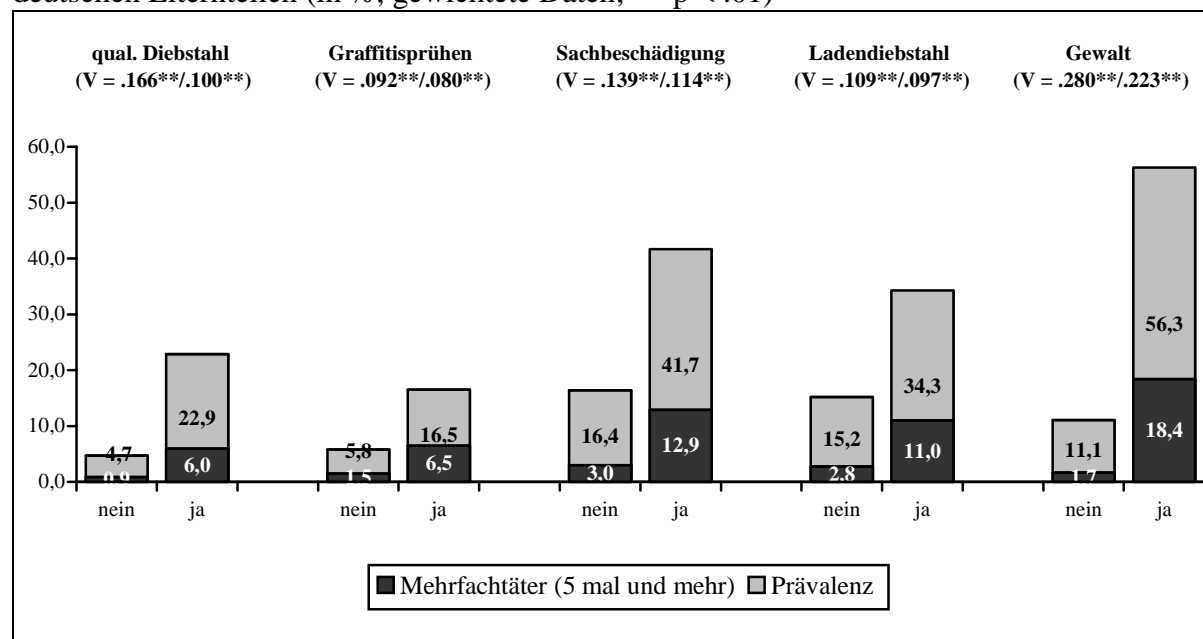
¹⁸ Hannover 2006 ist bei den Auswertungen zu den rechtsextremen Einstellungen weniger auffällig als bei den Auswertungen zu den fremdenfeindlichen Einstellungen: Nur zwischen 1,0 und 4,0 % der Schüler mit zwei deutschen Elternteilen werden hier als rechtsextrem eingestuft. Diese unterdurchschnittlichen Werte sind darauf zurückzuführen, dass den Aussagen zur Gewaltaffinität weniger zugestimmt wurde als im Gesamtdurchschnitt der Schülerbefragung 2005, d.h. hier gehen hohe Fremdenfeindlichkeitswerte weniger eng mit hoher Gewaltaffinität einher ($r = .27^{**}$). Zu beachten ist, wie in Tabelle 4 vermerkt, dass die Gewaltaffinität in Hannover nur mit fünf, nicht mit elf Items erfasst wurde, wobei es sich um Items handelt, denen auch 2005 schon unterdurchschnittlich häufig zugestimmt wurde. Insofern stellt die Schätzung des Anteils rechtsextremer Jugendlicher in Hannover im Vergleich zu den anderen Gebieten tendenziell eine Unterschätzung dar.

¹⁹ Die referierten Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen stellen sich in Hannover 2006 erneut in der selben Weise dar.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Erneut unterscheiden sich die Schultypen deutlich voneinander: Fast jeder 10. Hauptschüler dokumentiert in seinen Antworten rechtsextreme Einstellungen (9,5 %), aber nur jeder 80. Waldorfschüler (1,2 %). Für die Gymnasiasten beträgt die Rate 2,1 %, für Gesamtschüler 4,8 % und für Realschüler 6,0 %. Ähnlich wie bei den fremdenfeindlichen Einstellungen zeigt sich zudem bei einer differenzierten Auswertung nach ethnischer Herkunft, dass die Jugendlichen mit zwei deutschen Elternteilen am häufigsten rechtsextrem eingestellt sind (4,6 %), gefolgt von russischen (2,5 %) und polnischen Jugendlichen (2,1 %); türkische und jugoslawische/albanische Jugendliche weisen noch niedrigere Werte auf (0,4 bzw. 0,5 %).²⁰

Abbildung 5: Delinquentes Verhalten in den letzten 12 Monaten nach Zugehörigkeit zur Gruppe der rechtsextremen Jugendlichen (Schülerbefragung 2005) – nur Befragte mit zwei deutschen Elternteilen (in %; gewichtete Daten; ** p < .01)



Interessant ist an dieser Stelle zudem, welchen Zusammenhang rechtsextreme Einstellungen mit tatsächlichem Verhalten aufweisen. In Abbildung 5 wird dargestellt, welcher Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und dem delinquenten Verhalten der Jugendlichen besteht. Sehr deutlich ist zu erkennen, dass Jugendliche, die zur Gruppe der Rechtsextremen gehören, sowohl höhere Prävalenzraten besitzen als auch häufiger zu den Mehrfachtätern²¹ gehören – unabhängig davon, welches Delikt betrachtet wird. Für alle betrachteten Verhaltensindizes existieren hochsignifikante Zusammenhänge mit der Zugehörigkeit zur Rechtsextremen-Gruppe. Besonders deutlich zeigt sich das im Hinblick auf Gewalttaten²²: 56,3 % aller rechtsextremen Jugendlichen haben in den vergangenen 12 Monaten mindestens eine Gewalttat begangen. Etwas mehr als jeder zweite rechtsextreme Jugendliche fällt somit nach eigenen Angaben durch gewalttätiges Handeln auf. Diese Rate liegt um etwa das Fünffache

²⁰ Es wurden nur die Jugendlichen mit zwei nichtdeutschen Elternteilen einbezogen.

²¹ Prävalenzraten drücken aus, welcher Anteil an Jugendlichen überhaupt in einem Zeitraum ein bestimmtes Delikt begangen hat. Inzidenzraten berücksichtigen darüber hinaus, wie häufig etwas getan wurde. Diese Raten werden u.a. zur Unterscheidung der Mehrfach- oder Intensivtäter herangezogen. Je nach Definition handelt es sich dabei um Jugendliche, die mindestens fünf oder zehn Taten begangen haben. An dieser Stelle werden mit Mehrfachtätern jene Jugendlichen bezeichnet, die fünf oder mehr Taten eines Delikts begangen haben.

²² Gefragt wurde danach, ob bereits eine Körperverletzung, eine Raubtat, eine Erpressung oder eine Bedrohung mit Waffen begangen wurde.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

über der Prävalenzrate der nicht rechtsextremen Jugendlichen. Gleiches gilt für die Mehrfach-täter (fünf und mehr Gewalttaten), wozu etwa 18 Prozent der rechtsextremen Jugendlichen, aber nur etwa 2 % der nicht-rechtsextremen Jugendlichen gehören.

5. Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen

Womit hängt das Auftreten fremdenfeindlicher Einstellungen zusammen? Im vorangegangenen Abschnitt wurden bereits wichtige Korrelate wie das Geschlecht oder das Bildungsniveau referiert und mit den Daten in Beziehung gesetzt. Nachteil eines solch isolierten Vorgehens ist, dass weitere Hintergrundfaktoren nicht berücksichtigt werden, die für einen Zusammenhang verantwortlich sein können. Zudem lassen diese bivariaten Analysen noch keinen sicheren Schluss darüber zu, was die wirklich entscheidenden Einflussfaktoren sind. Mit Hilfe eines multivariaten Modells, in das simultan eine Vielzahl an Variablen aufgenommen werden kann (u.a. soziodemographische Faktoren, Persönlichkeitsvariablen, familiäre Einflüsse), lassen sich diese Nachteile überwinden.

Tabelle 5: Einflussfaktoren auf fremdenfeindliche Einstellungen (Schülerbefragung 2005; lineare Regression; abgebildet: Beta-Koeffizienten²³)

	Modell: alle Befragten	Modell: Befragte aus Kassel
Geschlecht: männlich	0.012	0.078*
Alter	0.026**	0.081*
Schulform		
Hauptschule	<i>Referenz</i>	-
Realschule/IHR	-0.020	<i>Referenz</i>
Gesamtschule	-0.051**	-0.041
Gymnasium/Waldorf	-0.142**	-0.074
Sozialhilfebezug: ja	0.009	0.038
Erhebungsgebiet: Ostdeutschland	0.098**	-
Elterliche Zuwendung	0.023	0.094*
Elterliche Kontrolle	-0.053**	-0.076
Elterliche Gewalt: schwere Züchtigung/Misshandlung	0.029**	0.070*
Selbstkontrolle: Temperament	0.078**	0.049
Selbstkontrolle: Risikosuche	0.030**	0.044
Hierarchisches Selbstinteresse	0.267**	0.295**
Kampfspiele	0.052**	0.089
Horrorfilme	0.058**	0.002
Soziale Erwünschtheit	-0.038**	-0.009
N	11009	916
R² (in %)	18,6	16,8

gewichtete Daten, unter Kontrolle der Erhebungsgebiete und ländlichen/städtischen/großstädtischen Gebieten; ** p < .01, * p < .05

In Tabelle 5 sind die Ergebnisse von zwei multivariaten Regressionsmodellen dargestellt. Das erste bezieht sich auf alle Befragte der Schülerbefragung 2005, das zweite ausschließlich auf die Befragten aus der Stadt Kassel. Für das erste Modell ergeben sich drei zentrale Befunde: *Erstens senkt ein höheres Bildungsniveau die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Einstellun-*

²³ Beta- bzw. standardisierte Koeffizienten werden verwendet, da diese einen unmittelbaren Vergleich der Faktoren ermöglichen, die z.T. mit unterschiedlichen Antwortskalen erfasst wurden (Bortz 2005, S. 44f.).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

gen; dieser bereits aus den bivariaten Auswertungen bekannte Befund bleibt also auch dann bestehen, wenn zahlreiche andere Faktoren berücksichtigt werden. *Zweitens erweisen sich die Befragten aus Ostdeutschland (Thüringen) als fremdenfeindlicher als westdeutsche Befragte. Drittens stehen bestimmte Persönlichkeitseigenschaften in einem engen Verhältnis mit fremdenfeindlichen Einstellungen.* Als ein besonders erklärungskräftiger Faktor erweist sich dabei das „Hierarchische Selbstinteresse“. Dabei handelt es sich um eine Operationalisierung der „Ellenbogenmentalität“.²⁴ „Das Hierarchische Selbstinteresse als Ausdruck der gesellschaftlichen Dominanzideologien bildet ab, inwieweit Individuen dem instrumentalistischen, Konkurrenz betonenden und individualistischen Marktprinzip der gegenwärtigen Gesellschaft anhängen“ (Hadjar 2004, S. 236). Typisch hierfür ist die Konzentration auf das eigene Fortkommen, den kurzfristigen Erfolg und die materiellen Dinge des Lebens. Für die Ziele Selbstdurchsetzung und Selbstbehauptung sind alle Mittel recht. Zu erwarten ist deshalb ein starker Zusammenhang mit Diebstahlsdelikten und aggressiven Verhaltensweisen sowie auch mit fremdenfeindlichen Einstellungen. Letzteres wird theoretisch durch die Annahmen des Rechtsextremismuskonzepts von Heitmeyer et al. (1992) untermauert, das auf die Schattenseiten der Individualisierung verweist. Die „Unterscheidung von anderen“ sowie die „Selbstdurchsetzung gegenüber anderen“ haben sich im Zuge der Individualisierung zu dominanten Imperativen entwickelt. Fremde erscheinen im Sinne der Theorie des realistischen Gruppenkonflikts als zusätzliche Konkurrenz um die knappen Ressourcen wie Arbeit und Macht. Dies ist vor allem für jene Personen problematisch, die sich verstärkt im Konkurrenzkampf wähen; eine Abwertung der Mitkonkurrenten ist die Folge.²⁵

Ebenfalls bestätigt wird die These, dass ein *Konsum von gewalthaltigen Medieninhalten der Ausbildung von fremdenfeindlichen Einstellungen Vorschub leistet.* Je häufiger am Computer Kampfspiele gespielt bzw. im Fernsehen Horrorfilme gesehen werden, desto stärker fällt die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen aus. Die Effekte sind hochsignifikant, fallen aber im Vergleich mit dem Einfluss des Hierarchischen Selbstinteresses sehr viel geringer aus. Dennoch lässt sich folgern, dass ein Konsum dieser Formate nicht als ungefährlich abgetan werden kann.

Nahezu kein Einfluss geht im Modell vom männlichen Geschlecht, vom Sozialhilfebezug und von familialen Variablen aus. Im Hinblick auf den Sozialhilfebezug als Indikator objektiver Deprivation wurde ein solch ausbleibender Effekt erwartet insofern die subjektive Verarbeitung einer derartigen Lebenslage und weniger die Frage, ob man zu den Empfängern derartiger Sozialtransferzahlungen zu gehört oder nicht. In Bezug auf das Geschlecht ist dieser Befund hingegen überraschend, da in den bivariaten Auswertungen deutliche Unterschiede zu Tage getreten sind (s.o.). Die Erklärung dieses Befunds kann in der Aufnahme des Hierarchischen Selbstinteresses gefunden werden. Wie bereits Hadjar (2004) gezeigt hat, stimmen männliche Jugendliche diesen Werthaltungen sehr viel häufiger zu als weibliche Jugendliche; der Geschlechtereffekt wird damit vollständig durch die unterschiedliche Internalisierung von

²⁴ Erfasst wurde die Ellenbogenmentalität über elf Items, die vier Subdimensionen abbilden (vgl. Hadjar 2004). Konkurrenzdenken wurde mit drei Aussagen wie „Am liebsten möchte ich in allen Lebensbereichen (Schule, Sport ...) zu den Besten gehören“ erfasst. Leistungsorientierung bezieht sich auf drei Items wie „Das Wichtigste im Leben ist Leistung“. Individualistisches Denken wird auf Basis von zwei Aussagen gebildet (z.B. „Um Spitze zu sein, muss der Mensch alleine bestehen können“). Schließlich wurde die Dimension des Machiavellismus über drei Items erfasst, die eine Form der rücksichtslosen Selbstdurchsetzung beinhalten; ein Beispielim ist: „Es ist nicht wichtig, wie man gewinnt, sondern dass man gewinnt“ (vgl. auch Baier et al. 2006, S. 158ff).

²⁵ Vgl. zur weiteren Vorstellung des HSI-Konzepts u.a. Baier und Hadjar (2005) oder Rippl, Baier und Boehnke (2007, S. 151ff).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Selbstbehauptungs- bzw. Selbstdurchsetzungswerten vermittelt.²⁶ Eine ebensolche Erklärung lässt sich auch im Hinblick auf die geringen Effekte der elterlichen Erziehung heranziehen. Zwar zeigt sich, dass Eltern, die das Verhalten ihrer Kinder kontrollieren (die also z.B. die Freizeitorte und Freunde kennen), tatsächlich auch dazu beitragen, dass sich fremdenfeindliche Einstellungen nicht verfestigen können. Und die Ausübung elterlicher Gewalt trägt umgekehrt dazu bei, dass man eher in diese Ideologien flüchtet. Die Effekte erweisen sich aber als eher vernachlässigbar. Eine mögliche These ist, wie dies u.a. Wetzels und Enzmann (1999) für gewalttätiges Verhalten gezeigt haben, dass die Erziehungsstile der Eltern nicht direkt ausländerablehnende bzw. ausländerfreundliche Einstellungen bedingen, sondern dass sie die Persönlichkeit eines Kindes formen. Diese Persönlichkeitseigenschaften, d.h. u.a. Dimensionen wie die Fähigkeit zur Selbstkontrolle oder Werthaltungen, stehen dann mit fremdenfeindlichen Einstellungen in Beziehung. Familiäre Erziehung hat also einen eher distalen, weniger einen proximalen Einfluss auf die Einstellungen eines Jugendlichen (vgl. auch Baier 2005).²⁷

Alles in allem lässt sich mit den einbezogenen Faktoren aber nur sehr unvollständig erklären, warum einige Jugendliche höhere Fremdenfeindlichkeitswerte aufweisen als andere Jugendliche.²⁸ Nur ca. ein Fünftel der Gesamtvarianz der Fremdenfeindlichkeit wird im Modell für alle Befragten aufgeklärt (18,6 %). Dies bedeutet, dass wichtige Faktoren in den Analysen unberücksichtigt geblieben sind, weil sie nicht durch einen empirischen Indikator abgebildet werden konnten. Zu verweisen ist u.a. auf Deprivationserlebnisse, auf die Integration in fremdenfeindliche Peer-Netzwerke oder auf erlebte Kontakte mit Fremden. Diese Nicht-Berücksichtigung von Faktoren hat zur Folge, dass es mit den vorhandenen Daten nicht gelingt, die Unterschiede zwischen den Befragungsgebieten zu erklären. Warum weisen Oldenburg, Stuttgart oder Kassel so niedrige, Lehrte, Soltau-Fallingb. oder Dortmund so hohe Fremdenfeindlichkeitsniveaus auf? Die Verweise auf die unterschiedliche Bildungsbeteiligung von deutschen Jugendlichen (d.h. insbesondere die unterschiedliche Gymnasialquote), auf unterschiedliche Erziehungsstile und Persönlichkeitseigenschaften ist nur ein kleiner Teil der Antwort. Inwieweit einerseits andere, nicht berücksichtigte Faktoren und andererseits vorhandene Präventionsmaßnahmen einen Einfluss auf das Ausmaß der in einem Gebiet gemessenen Fremdenfeindlichkeit haben, kann bislang nicht beantwortet werden. Hier liegt eine wichtige Aufgabe zukünftiger Forschung.

²⁶ Eine Reduzierung des Geschlechtereffekts ist zu einem kleineren Teil auch auf geschlechtsspezifische Medienumgangsweisen zurückzuführen, insofern männliche Befragte deutlich häufiger gewalthaltige Medienformate konsumieren (vgl. auch Baier et al. 2006, S. 202ff.).

²⁷ Ins Modell wurde zudem eine Skala zur Erfassung sozial erwünschten Antwortverhaltens aufgenommen. Das Ergebnis des Gesamtmodells spricht dafür, dass Jugendliche mit hoher sozialer Erwünschtheit tatsächlich auch seltener bereit waren, den fremdenfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Die Effekte sind aber eher vernachlässigbar und belegen, dass sozial erwünschtes Antwortverhalten bei Jugendstudien eher kein Problem in dem Sinne, verzerrte Ergebnisse zu berichten, darstellt.

²⁸ Bezieht man in die Analyse ausschließlich auf Befragte aus der Stadt Kassel, so ergeben sich weitestgehend die gleichen Risikofaktoren für fremdenfeindliche Einstellungen. Die meisten Faktoren sind in ihrer Stärke von vergleichbarer Höhe wie in der Gesamtstichprobe, jedoch z.T. nicht signifikant, was in erster Linie an der geringeren Fallzahl liegt (vgl. zur Abhängigkeit der statistischen Signifikanz von der Fallzahl Bortz 2005, S. 119).

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

6. Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen in Schwäbisch Gmünd, Stuttgart, München und Hannover

Entwicklungen kenntlich zu machen setzt voraus, dass über verschiedene Erhebungszeitpunkte hinweg gleichlautende Instrumente zur Messung von Fremdenfeindlichkeit zum Einsatz gekommen sind. Sowohl 1998 als auch 2000 (nur München und Hannover) bzw. 2005/06 ist dies geschehen, d.h. hier wurden vier Items in nahezu der gleichen Weise erfasst. Eine Ausnahme betrifft Hannover 2006, da hier „Ausländer“ durch „Zuwanderer“ ersetzt wurden (vgl. Tabelle 6). Explorative Faktorenanalysen dieser Items zeigen nun, dass die eingesetzte Skala nicht zu jedem Messzeitpunkt gleichgut das Konstrukt „Fremdenfeindlichkeit“ erfasst. Vor allem das Item „Auf dem Arbeitsmarkt sollten Ausländer/ Zuwanderer und Deutsche nicht die gleichen Chancen haben.“ kann in den Befragungen neueren Datums nicht als zur Skala gehörig angesehen werden, d.h. es misst eine andere Facette der Einstellung zu Fremden. Die ersten drei Aussagen erfassen die Zustimmung zu eher plakativen Aussagen und Schuldzuweisungen; beim letzten Item geht es dagegen um den Zugang zum Arbeitsmarkt. Sich sukzessiv verschlechternde Berufsaussichten, d.h. sich seit 1998 verschlechternde Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt scheinen zur Folge zu haben, dass die Antworten auf diese Aussage in anderer Weise reflektiert werden und damit nicht notwendiger Weise auch Ausdruck einer fremdenfeindlichen Gesinnung sein müssen.²⁹ Aus diesem Grund werden nur die ersten drei Aussagen zu einer Mittelwertsskala zusammengefasst; die letzte Aussage wird gesondert ausgewertet.

Tabelle 6: Faktorladungen und Reliabilitätskoeffizienten der Skala „Fremdenfeindliche Einstellungen“ im Zeitverlauf

	SG 98	SG 05	S 98	S 05	M 98	M 00	M 05	H 98	H 00	H 05
Wer sich in Dt. nicht anpassen kann, sollte das Land wieder verlassen.	.78	.80	.75	.76	.67	.70	.80	.77	.67	.73
Die Ausländer/ Zuwanderer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Dt.	.80	.87	.78	.83	.82	.81	.84	.82	.81	.84
Die meisten Asylbewerber/ Zuwanderer wollen sowieso nur die Deutschen ausnutzen.	.86	.84	.84	.82	.81	.81	.86	.85	.82	.85
Auf dem Arbeitsmarkt sollten Ausländer/ Zuwanderer und Deutsche nicht die gleichen Chancen haben.	.71	.47	.73	.50	.70	.70	.48	.69	.68	.51
Cronbachs Alpha (3-Item-Skala)	.79	.81	.76	.76	.72	.72	.81	.78	.72	.77

gewichtete Daten; nur deutsche Befragte; SG = Schwäbisch Gmünd, S = Stuttgart, M = München, H = Hannover

Abbildung 6 belegt anhand der Schülerbefragungen einen *deutlichen Rückgang ausländerablehnender Einstellungen*. Dabei sind jeweils nur die Mittelwerte abgebildet – die Antworten konnten von „1 – stimme gar nicht zu“ bis „4 – stimme völlig zu“ abgestuft werden. Dieser Rückgang zeigt sich in allen Erhebungsgebieten. In Hannover fällt er schwächer aus, was wiederum an der Verwendung veränderter Items liegen dürfte. Nicht abgebildet ist, dass ein solcher Rückgang für Jungen wie für Mädchen und für Hauptschüler ebenso wie für Realschüler und Gymnasiasten zu beobachten ist. Diese positive Entwicklung beschränkt sich, wie an anderer Stelle dargelegt, nicht allein auf die Fremdenfeindlichkeit; gleichermaßen gesun-

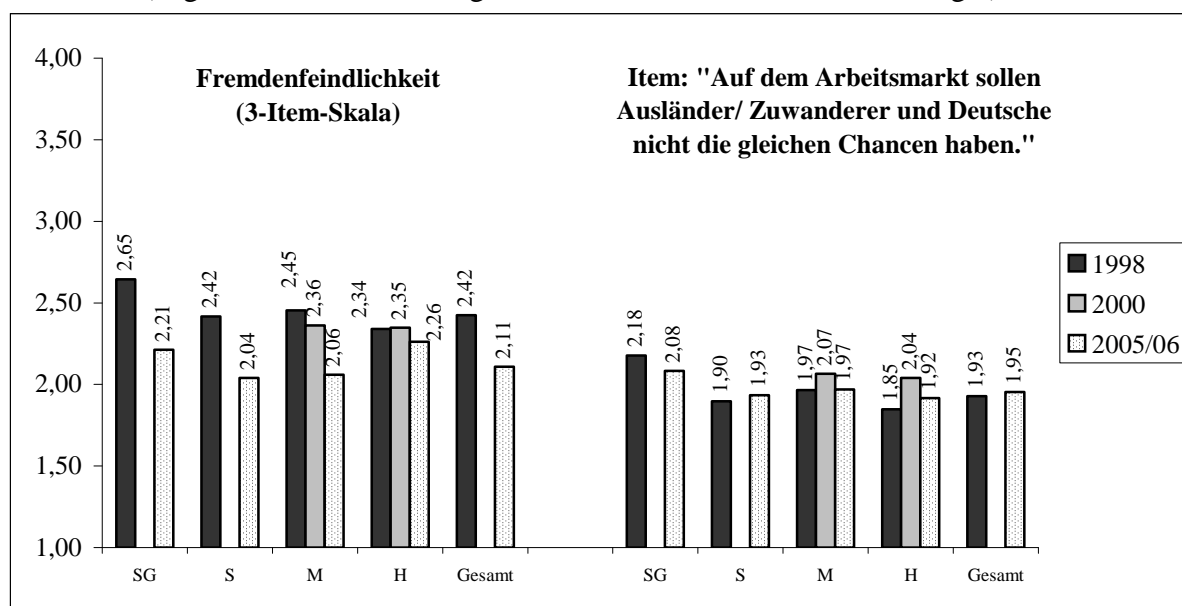
²⁹ Es kann an dieser Stelle ausgeschlossen werden, dass die veränderte Faktorenstruktur Ergebnis eines veränderten Fragebogens ist. Die Messung der Fremdenfeindlichkeit erfolgte in 2005 in etwa an derselben Stelle im Fragebogen wie in den Jahren zuvor. Zudem wurde die Reihenfolge der einzelnen Items nicht verändert.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

ken ist in diesen Städten auch der Anteil an Jugendlichen, die in den letzten 12 Monaten eine Gewalttat oder einen Ladendiebstahl begangen haben (vgl. Baier/Windzio 2007).

Diese positive Entwicklung wird allerdings nicht bestätigt, wenn das aus der Skalenbildung ausgeschlossene Item analysiert wird. Im Jahr 2005 war zwar eine Mehrheit der Meinung, dass Deutsche und Ausländer auf dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen haben sollten (Mittelwert unter 2,5), es ist aber keine Veränderung des Anteils fremdenfreundlicher Meinungen zu verzeichnen. Die deutschen Jugendlichen sind damit im Jahr 2005 bzw. 2006 seltener bereit, plakative Schuldzuweisungen bzw. holzschnittartige Aussagen über die Ausländer, wie sie in den ersten drei Items formuliert sind, zu unterstützen; wenn es aber um die Situation auf dem Arbeitsmarkt geht, neigen sie immer noch genauso häufig bzw. genauso selten zur Abwertung Nicht-Deutscher. Mit einer im Bereich der aktuellen wissenschaftlichen Vorurteilsforschung benutzten Unterscheidung (u.a. Pettigrew/Meertens 1994) ist demnach die offene Ausländerablehnung im Rückzug begriffen (blatant prejudice), subtile Vorurteile bleiben aber bestehen.

Abbildung 6: Fremdenfeindliche Einstellungen im Zeitvergleich nach Erhebungsgebiet und Schulform (abgebildet: Mittelwerte; gewichtete Daten; nur deutsche Befragte)



Die deutlich rückläufige Zustimmung zu plakativ fremdenfeindlichen Aussagen führt zu der Frage, welche Faktoren diesen Einstellungswandel bedingt haben könnten. Auch zu dieser Frage bieten die Schülerbefragungsdaten keine erschöpfende Antwort, da zahlreiche, für die Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen wichtige Faktoren nicht erfasst werden (s.o.). Hier nicht abgebildete Regressionsmodelle belegen, dass der Rückgang nur zu einem geringen Teil darauf zurückgeführt werden kann, dass die Kinder mittlerweile häufiger gewaltfrei erzogen werden und dass für Fremde offene Persönlichkeiten häufiger anzutreffen sind.

6. Zusammenfassung

Abschließend kann festgehalten werden, dass nur ein kleiner Teil der befragten Jugendlichen fremdenfeindliche Einstellungen vertritt (wenigstens 7, höchstens 15 %) und noch weit weni-

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

ger Jugendliche gleichzeitig gewaltaffine Haltungen befürworten und damit als rechtsextrem einzustufen sind (wenigstens 2, höchstens 5 %). Besonders gering belastet sind die Städte Oldenburg, Stuttgart und Kassel; etwas weiter verbreitet sind diese Einstellungen in eher ländlichen Gebieten wie Lehrte, Soltau-Fallingb. und Thüringen.

Als Bedingungsfaktoren entsprechender Einstellungen spielen vor allem Persönlichkeitsvariablen, das Bildungsniveau und Medienkonsumgewohnheiten eine Rolle. Zudem findet sich, dass im Osten Deutschlands mehr Jugendliche als fremdenfeindlich einzustufen sind als im Westen Deutschlands. Die elterliche Erziehung ist ebenfalls ein relevanter Einflussfaktor: Zum einen verweisen die Analysen auf einen direkten Einfluss elterlichen Kontrollverhaltens und elterlicher Gewalt auf die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Einstellungen – die Effekte sind allerdings eher gering. Zum anderen zeigen weiterführende Analysen, dass genau diese Faktoren elterlicher Erziehung die Ausprägung bestimmter Persönlichkeitseigenschaften beeinflussen, die ihrerseits wiederum in direktem Zusammenhang mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Überzeugungen stehen. Der Einfluss des Elternhauses ist damit eher indirekt.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen ist das Hierarchische Selbstinteresse. Jugendliche, die in hohem Maße eine Ellenbogenmentalität internalisiert haben, gehören deutlich häufiger zur Gruppe der fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen als Personen, die diese Werthaltungen eher ablehnen. Hervorzuheben ist weiterhin der Befund, dass fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche in ihren Vorstellungen über Männlichkeit und der Demonstration dieser Männlichkeit durch gewalttätiges Verhalten den gewaltaffinen türkischen Jugendlichen stark ähneln. Der Abbau dieser antiquierten Männlichkeitsideale erscheint aus gewaltpräventiver Sicht daher besonders bedeutsam.

Im Hinblick auf die Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen kann festgehalten werden, dass die offene Ausländerablehnung zwar tendenziell rückläufig ist, subtile Formen der Fremdenfeindlichkeit jedoch weiter bestehen bleiben. Die Zustimmung zur Aussage „Auf dem Arbeitsmarkt sollten Ausländer/Zuwanderer und Deutsche nicht die gleichen Chancen haben“ hat sich in den Befragungsgebieten in den vergangenen Jahren kaum verändert.

Für die zukünftige Forschung wäre wünschenswert, weitere zentrale Einflussfaktoren für die Herausbildung fremdenfeindlicher Einstellungen zu ermitteln. In diesem Zusammenhang kann möglicherweise auch die Frage nach den Ursachen des Rückgangs von Fremdenfeindlichkeit beantwortet werden. Auch erscheint es sinnvoll, den gebietsspezifischen Unterschieden verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Möglicherweise gehen die Differenzen im Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen auf Präventions- und Interventionsansätze in den Gebieten zurück, die in unterschiedlichem Maße zur Reduktion fremdenfeindlichen Gedankenguts beitragen.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Literatur

Anhut, R., Heitmeyer, W. (2000). Desintegration, Konflikt und Ethnisierung eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W., Anhut, R. (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim: Juventa. S. 17-75.

Baier, D. (2005). Abweichendes Verhalten im Jugendalter. Ein empirischer Vergleich verschiedener Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 25, 381-398.

Baier, D., Hadjar, A. (2005). Alter Wein in neuen Schläuchen? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Hierarchischem Selbstinteresse. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 13.

Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M., Rabold, S. (2006). *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe*. KFN.

Baier, D., Rabold, S., Pfeiffer, C., Windzio, M. (2006a). *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen in Thüringen. Abschlussbericht über eine repräsentative Befragung von Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Jahrgangsstufe*. KFN.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2007). *Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention*. KFN: Forschungsberichte Nr. 100.

Baier, D., Windzio, M. (2007). *Zur Entwicklung der Jugendgewalt seit 1998 in den Städten München, Stuttgart, Hannover und Schwäbisch Gmünd*. Manuskript KFN.

Boehnke, K., Baier, D. (2006). Jugendliche und politischer Extremismus. Manuskript.

Boehnke, K., Ittel, A., Baier, D. (2002). Value transmission and 'zeitgeist': An underresearched relationship. *Sociale Wetenschappen*, 45.

Bortz, J. (2005). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer.

Brosius, H.-B./Esser, F. (1995): *Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bundesministerium des Innern (2000). *Verfassungsschutzbericht 2000*. Abrufbar unter http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2000.pdf [27.04.2007]

Coenders, M., Scheepers, P. (2005). Ablehnung der sozialen Integration von Ausländern in Deutschland. 1980-2000: Individual-, Perioden- und Kohortenmerkmale als Determinanten.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

In: Schmitt-Beck, R., Wasmer, M., Koch, A. (Hrsg.), *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 201-233.

Decker, O., Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin. Abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf> [27.04.2007].

Endrikat, K., Schaefer, D., Mansel, J., Heitmeyer, W. (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 37-58.

Frindte, W. (1998). Rechtsextreme Gewalt – sozialpsychologische Erklärungen und Befunde. In: Bierhoff, H.W., Wagner, U. (Hrsg.), *Aggression und Gewalt. Phänomene, Ursachen und Interventionen*. Stuttgart: Kohlhammer. S.165-205.

Frindte, W., Neumann, J., Hieber, K., Knote, A., Müller, C. (2001). Rechtsextremismus = „Ideologie plus Gewalt“ – Wie ideologisiert sind rechtsextreme Gewalttäter? *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 81-98.

Fuchs, M., Lamnek, S., Wiederer, R. (2003). *Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt*. Opladen: Leske und Budrich.

Geng, B. (1999). Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen, Gewaltakzeptanz und Gewalterfahrungen – Befunde einer Schülerstudie in der Hansestadt Greifswald. In: Dünkler, F., Geng, B. (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahmen und Interventionsstrategien*. Mönchengladbach: Forum Verlag. S. 237-264.

Hadjar, A. (2004). *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des Hierarchischen Selbstinteresses*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Heitmeyer, W. (1987). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim: Juventa.

Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 15-36.

Heitmeyer, W., Buhse, H., Liebe-Freund, J., Möller, K., Müller, J., Ritz, H., Siller, G. & Vossen, J. (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.

Hopf, C., Rieker, P., Sanden-Marcus, M., Schmidt, C. (1995). *Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen bei jungen Männern*. Weinheim: Juventa.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

Hopf, W. (1999). Ungleichheit der Bildung und Ethnozentrismus. *Zeitschrift für Pädagogik*, 45, 847-865.

Jonas, K. (1998). Die Kontakthypothese: Abbau von Vorurteilen durch Kontakt mit Fremden? In: Oswald, M.E., Steinvorh, U. (Hrsg.), *Die offene Gesellschaft und ihre Fremden*. Göttingen: Huber. S. 129-154.

Kleinert, C., de Rijke, J. (2000). Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Schubarth, W., Stöss, R. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 167-198.

Melzer, W. (1992). *Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potenzial Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

Melzer, W., Rostampur, P. (2002). Schulqualität und Rechtsextremismus. *Recht der Jugend und der Bildung*, 50, 41-58.

Möller, K. (2000). *Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen*. Weinheim: Juventa.

Noack, P. (2001). Fremdenfeindliche Einstellungen vor dem Hintergrund familialer und schulischer Sozialisation. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 67-80.

Peucker, C., Gaßebner, M., Wahl, K. (2001). Analyse polizeilicher Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tatverdächtigen. In: Wahl, K. (Hrsg.): *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*. Berlin. S. 12-88.

Pettigrew, T.F., Meertens, R.W. (1994). Subtle and Blatant Prejudice in Western Europe. *European Journal of Social Psychology*, 25, 57-75.

Rippl, S. (2002). Bildung und Fremdenfeindlichkeit. Die Rolle schulischer und familialer Sozialisation zur Erklärung von Bildungsunterschieden im Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54, 135-146.

Rippl, S., Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57, 644-666.

Rippl, S., Baier, D., Boehnke, K. (2007). *Europa auf dem Weg nach rechts? Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik*. Wiesbaden: VS Verlag.

Rippl, S., Baier, D., Kindervater, A., Boehnke, K. (2005). Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? *Zeitschrift für Soziologie*, 34, 288-310.

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

- Scheuch, E.K. & Klingemann, H.-D. (1967). Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 12, 11-29.
- Schütz, H., Six, B. (1996). How strong is the relationship between prejudice and discrimination? A meta-analytic answer. *International Journal of Intercultural Relations*, 20, 441-462.
- Seipel, C., Rippl, S. (2000). Ansätze der Rechtsextremismusforschung. Ein empirischer Theorienvergleich. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 20, 303-318.
- Seipel, C., Rippl, S. (2003). Rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Theoretische Erklärungen und empirische Ergebnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung. In: Raithel, J., Mansel, J. (Hrsg.), *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter*. Weinheim: Juventa. S. 264-284.
- Sherif, M. (1966). *Group Conflict and Co-Operation: Their Social Psychology*. London: Routledge.
- Sidanius, J., Pratto, F. (1999). *Social Dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge: University Press.
- Six, B. (1996). Generalisierte Einstellungen. In: Amelang, M. (Hrsg.), *Temperaments- und Persönlichkeitsunterschiede. Differentielle Psychologie und Persönlichkeitsforschung, Band 3*. Göttingen: Hogrefe. S. 1-50.
- Six, B., Wolfradt, U., Zick, A. (2001). Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung als generalisierte Einstellungen. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 23-40.
- Stroebe, W., Hewstone, M., Stephenson, G. M. (1997) (Hrsg.). *Sozialpsychologie. Eine Einführung*. Berlin und Heidelberg: Springer.
- Sturzbecher, D. (2001) (Hrsg.). *Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz*. Opladen: Leske und Budrich.
- Tajfel, H. (1982). *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotype*. Stuttgart: Huber.
- Wagner, U., van Dick, R., Zick, A. (2001). Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 32, 59-79.
- Wagner, U., Zick, A. (1998). Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile und diskriminierendes Verhalten. In: Bierhoff, H.W., Wagner, U. (Hrsg.), *Aggression und Gewalt. Phänomene, Ursachen und Interventionen*. Stuttgart: Kohlhammer. S. 145-164.
- Wahl, K. (2001) (Hrsg.). *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Weiß, R.H. (1997): Gewaltmedienkonsum und Rechtsradikalismus bei Jugendlichen in Baden-Württemberg und Sachsen, in: Baumgärtel, F./Wilker, F.-W./Winterfeld, U. (Hrsg.), *In-*

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V.

novation und Erfahrung. Analysen, Planungen und Erfahrungsberichte zu psychologischen Arbeitsfeldern. Bonn: Deutscher Psychologen Verlag. S.95-115.

Wetzels, P., Enzmann, D. (1999). Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliques und der Normen Gleichaltriger für die Erklärung jugendlichen Gewalthandelns. *DVJJ-Journal*, 164, 116-131.

Wetzels, P., Enzmann, D., Mecklenburg, E., Pfeiffer, C. (2001). *Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten.* Baden-Baden: Nomos.

Wetzels, P., Greve, W. (2001). Fremdenfeindliche Gewalt – Bedingungen und Reaktionen. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 9, 7-22.

Willems, H., Eckert, R. & Würtz, S. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation.* Opladen: Leske + Budrich.

Wilmers, N., Enzmann, D., Schaefer, D., Herbers, K., Greve, W., Wetzels, P. (2002). *Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet?* Baden-Baden: Nomos.

Jan Tillmanns
Bund Deutscher PfadfinderInnen (BDP)- Bundesverband
Referent für Jugendpolitik und Fundraising
Baumweg 10, 60316 Frankfurt/M.
Telefon: 069- 43 10 30
jan.tillmanns@bdp.org

Stellungnahme zur Anhörung im Innausschuß des Hessischen Landtags zum Thema Rechtsextremismus

Einführung

In meiner ehemaligen Funktion als Koordinator des Projekts „Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen“ (NDC) sowie meiner jetzigen Tätigkeit als Bildungsreferent beim Bund Deutscher PfadfinderInnen habe ich in den vergangenen Monaten im wieder im Rahmen von Veranstaltungen an Schulen und Jugendzentren mit SchülerInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen in Kontakt gestanden, die sich mit dem zunehmenden Problem Rechtsextremismus konfrontiert sind. Auch die Evaluation durchgeführter Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte NDC und des Projekts „Hyperlinks gegen Rechts“ des BDP geben mir und meinen KollegInnen einen Einblick in die Auseinandersetzungen von jungen Menschen mit dem Thema Rechtsextremismus.

Im folgenden Abschnitt möchte ich auf der Basis von Evaluationsergebnissen der oben genannten Projekte, dem Austausch mit haupt- und ehrenamtlichen KollegInnen sowie dem direkten Gespräch mit SchülerInnen eine kurze Bestandsaufnahme bzw. einen Überblick über die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene geben. Im Anschluß möchte ich kurz möglichen Gegenstrategien anhand von bereits in Hessen bestehenden Projekten und weiteren- in andern Regionen der Bundesrepublik- arbeitenden Initiativen aufzeigen.

Bestandsaufnahme

In den vergangenen Jahren haben sich das Auftreten und die Strukturen des organisierten Rechtsextremismus in Hessen wesentlich verändert. Bei der hessischen NPD fand in den letzten Jahren ein Generationswechsel auf der Führungsebene stattgefunden. Dominierten zu Beginn des Jahrzehnts noch Aktivisten wie Doris Zutt aus Ehringshausen die rechtsextreme Partei, so haben mit Marcell Wöll – NPD-Landesvorsitzender- und dessen Umfeld eine neue Generation Rechtsextremer das Feld. Mit diesem Führungswechsel konnten die NPDler den Schulterschluss mit anderen Teilbereichen der Szene- z.B. „freie Kameradschaften/Nationalisten- geschlossen werden, die in anderen Bundesländern- speziell in Ostdeutschland- bereits seit einigen Jahren bestehen.

Doch seit der Übernahme der Führungsspitze in der NPD fand in der Szene eine qualitative Fortentwicklung statt.

Die hessische NPD um Marcel Wöll hat das seit Jahren von seiner Partei propagierte „Drei-Säulen- Konzept“ („Kampf um die Parlament, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße“) um zwei weitere Säulen (Kampf um die Dörfer sowie Kampf um die Schulen“) erweitert. Diese werden von hessischen Rechtsextremisten auch stetig versucht in die Praxis zu transformieren.

So sitzt Marcel Wöll beispielsweise exemplarisch für die erste Säule in seiner Wahlheimatkommune Butzbach sowohl im Kommunal- als auch im Kreistag.

Neben des parteiorganisierten Rechtsextremismus- schwerpunktmäßig in der NPD- existiert bereits seit mehreren Jahren eine ausdifferenzierte rechtsoffene bis eindeutig rechtsextreme jugendkulturelle Subszene. Die Bandbreite reicht dabei vom klassischen Rechtsrock wie der Gruppe Gegenschlag aus Homberg/Ohm über rechte Tanzabende der Dark Wave-Szene bis zu Black Metal- Bands der Marke Nordglanz (Rhein-Main) und Irmingot aus Wetzlar.

Der Übergang zu den rechten Rändern und Akteuren der jeweiligen Szenen sind häufig fließend, so dass rechtsextremes Gedankengut ungehindert in die Mehrheitsszene einfließen kann.

Mit dem Zuzug von Marcell Wöll und Umfeld nach Butzbach-Hochweisel entwickelte sich die Wetterau zu einem Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten in Hessen. Die NPD führt dort von Gedenkveranstaltungen über Infostände in den umliegenden Kommunen bis zu kulturellen Veranstaltungen eine Vielzahl von Szeneevents durch.

Aber auch die rechtsextremen Aktivitäten im Vogelsbergkreis scheinen trotz der Schließung des Neonazizentrums in Kirtorf nicht abzureißen. Immer wieder berichten Jugendliche vom Auftreten gewaltbereiter Neonazis bei öffentlichen Veranstaltungen.

Trotz der kontinuierlichen Aufklärungs- und Informationsarbeit von zivilgesellschaftlichen Projekten und antirassistischen Gruppen, erfährt diese Arbeit durch die Landesregierung und in Teilen der Öffentlichkeit kein Zuspruch.

Möglicherweise könnte dies aber auch an der antiquierten Wahrnehmung des Problems Rechtsextremismus liegen. Die rechtsextreme Szene hat sich in den letzten fünfzehn Jahren wesentlich verändert.

Der Neonazi mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln ist weitestgehend passé. Rechtsextreme Jugendkultur kommt heute poppig-bunt daher und ist immer schwerer von gewöhnlichen Modetrendmarken zu unterscheiden. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die Neonazi-Modemarke „Thor Steinar“ genannt, die nur dem auf rechtsextreme Codes und Symbole geschulten Auge auf den ersten Blick erkennbar ist.

Die Skizzierung der rechtsextremen Szene in Hessen zeigt meiner Auffassung sehr deutlich, dass ihr mit einem Verbot der NPD alleine nicht beizukommen sein wird. Vielmehr bedarf es einer Kombination aus verschiedenen Initiativen und Projekten um dem Rechtsextremismus in Hessen wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

Gegenstrategien

Bei pädagogischen MultiplikatorInnen wie LehrerInnen, SozialarbeiterInnen bestehen in deren Aus- und Fortbildung massive Defizite in der Schulung des Umgang und Erkennens mit rechtsextremen Klientel. An diesem Punkt sollte über einen modularen Einbau in die Ausbildungscurricula nachdenken.

Aufgrund der quantitativen und qualitativen Anstiegs des Rechtsextremismus in Hessen und des zunehmenden Selbstbewusstseins der Rechtsextremen erachte ich den Aufbau von regionalen mobil agierenden Beratungsteams als dringend notwendig.

Dieses Angebot ergänzen sollte eine rechtliche und psychologische Betreuung von Menschen, die Opfer von zunehmenden rechtsextremen Übergriffen geworden sind.

Bereits heute beklagen junge Menschen die in den Kristalisationsregionen rechtsextremer Aktivitäten, die Einschüchterungsversuche von seiten der Rechtsextremen. Oft erfolgt als Konsequenz eine Isolierung der Jugendlichen.

Um der neuen NPD-Strategie des Kampfes um Schule und Dörfer effektiv etwas entgegensetzen können, bedarf es der Förderung von antirassistischen Bildungsprojekten an Schulen, um SchülerInnen über rechte Ideologie aufzuklären und ihnen zugleich einen lebendigen Demokratiebegriff vermitteln zu können.

Mit dem Projekt „Hyperlinks gegen Rechts“ des BDP und dem „Netzwerk für Demokratie und Courage“ des BDKJ und des DGB existieren bereits zwei Projekte, die sich bei SchülerInnen großer Resonanz erfreuen.

Auf kommunaler und regionaler Ebene arbeiten seit Jahren auf ehrenamtlicher Basis diverse „Bündnisse gegen Rechts“ in denen sich eine Vielzahl von Parteien, Verbänden und antirassistischen Gruppen zusammengeschlossen haben.

Diese leisten bei der Mobilisierung gegen rechtsextreme Aktivitäten große Arbeit, wie beispielsweise die Frankfurter „Anti-Nazi-Koordination“

Zwischen diesen genannten Initiativen bedarf es einer kontinuierlichen Kommunikation um Synergieeffekte herzustellen und neue Ideen entwickeln und umsetzen zu können.

Aber auch Städte und Gemeinden stehen in der Pflicht beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit dürfen nicht gekürzt oder gar gestrichen werden. Bestehende Einrichtungen in denen junge Menschen demokratisches Handeln praktizieren lernen können, sollten nicht geschlossen, wie in dies in der jüngeren Vergangenheit in Bad Nauheim der Fall war. Gerade in einer Region wie der Wetterau in der rechtsextremes Gedankengut auf dem Vormarsch ist, stellt die Schließung des Jugendzentrums ein politisches Desaster im Kampf für eine demokratische Gesellschaft und gegen die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus dar.